

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk.
 frei ins Haus, berechnungshalber Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monats-
 lich 1,50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.— Mk. für das übrige Ausland
 4,50 Mk. monatlich. Bestand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 Mk.
 Postbestellungen nehmen an Dänem-
 ark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Abrechnung des Monatspreises
 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
 ist gebuchte Wort 10 Pf. (enthaltend
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und
 Stellenanzeigen haben das erste Wort
 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Leuzungsgebühr 50%.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Verord-
 nungen 40 Pf. die Seite. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Können bis 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moravian, Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 20. März 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moravian, Nr. 151 90—151 97.

Vor einer englischen Offensive?

Generalkampf in Flandern — Erkundungs- gefechte an vielen Stellen der Westfront.

Amlich, Großes Hauptquartier, 19. März 1918. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Sturmtruppen preussischer, bayerischer und sächsischer Divisionen führten in Flandern erfolgreiche Erkundungen aus und nahmen dabei mehr als 300 Belgier gefangen.

Von der Höhe bis zum La Bassée-Kanal war der Feuerkampf am Abend gesteigert, an der übrigen Front blieb er in mäßigen Grenzen.

Secresgruppen Deutscher Kronprinz und Gailwik.

Bei Zubincourt holten brandenburgische Stoßtruppe nach hartem Kampf 20 Gefangene aus den feindlichen Gräben. Das Artilleriefeuer lebte beiderseits von Keims und in der Champagne zeitweilig auf; an der Nordfront von Verdun nahm es an Stärke zu. Wir setzten unsere Erkundungen fort. Sächsische Abteilungen brachten auf dem Oiseufer der Maas 56 Gefangene ein.

Secresgruppe Herzog Albrecht.

An vielen Stellen der lothringischen Front, in den Bergen und im Sundgau rege Tätigkeit der Franzosen.

Wir schossen gestern im Luftkampf und von der Erde aus 23 feindliche Flugzeuge und 2 Hesselballone ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 19. März 1918, abends. Amlich.
Regen schränkte an der Westfront die Gefechts-tätigkeit ein.

An der Nordfront von Verdun und im Parroy-Walde blieb das Artilleriefeuer lebhaft.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 10. März 1918. Amlich wird verlautbart:
Keine Ereignisse von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

Vor einer englischen Offensive?

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters
Dr. H. Röber.

Englische Front, 18. März.

Von Karem Frühlingwetter begünstigt, scheint die seit Wochen an der Westfront dauernde Hochspannung jeden Augenblick sich lösen zu können. Dabei steht durchaus noch nicht fest, wer von den beiden suchtbaren gerüsteten Gegnern der Angreifer sein wird. Ich habe in den letzten Tagen den Frontabschnitt zwischen St. Quentin und Lille besucht. Alle Beobachtungen an diesem Abschnitt lassen den Schluss zu, daß hier mit größeren Aktionen des Gegners zu rechnen ist. Darauf deutet nicht allein die immer lebhafter werdende Aufklärungsaktivität seiner Flieger hin, es herrscht darüber besonders im Abschnitt St. Quentin dieselbe Unruhe und Anspannung aller Kräfte, wie wir sie aus den Tagen vor den großen Offensiven vom letzten Jahre her kennen. Was für Endabsichten der Engländer mit seiner erhöhten Tätigkeit gerade in dem mit Blut getränkten Abschnitt Lille—St. Quentin im Auge hat, sei dahingestellt. Sollte er hier eine neue Durchbruchschlacht wagen wollen, so findet er unsere Armeen gerade hier wohlgerüstet. Leistung und Truppe zeigen seinen Absichten mit derjenigen Ruhe entgegen, zu der wir bei dem heutigen Stande unserer Vorbereitungen, unserer Menschen- und Materialreserven mehr als jemals ein gutes Recht haben. Von den benachbarten Abschnitten zeichnet sich die Flandernfront durch fast völlige Ruhe aus. Das dortige tiefe Gelände hat sich in den blutigen Schlachten des letzten Jahres für beide Teile ansehnlich so unangünstig erwiesen, daß mit einem Wiederaufleben energischerer Kämpfe dort kaum zu rechnen sein dürfte.

Die rumänische Regierungskrise.

Sataraß, 19. März. Marghiloman ist zum Ministerpräsidenten ernannt.

Durch seine kürzlich erwähnte Unterredung mit den Vertretern einer jödischen Zeitung hat Marghiloman dafür gesorgt, in der weiteren rumänischen Öffentlichkeit die Tatsache bekannt zu machen, daß er bei Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland an die damalige Regierung Bratianu-Jonescu eine Denkschrift richtete,

die in dringlicher Weise darauf hinwies, daß der geeignetste Augenblick gekommen sei, um die Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten zu beginnen. Diese Mitteilung hat so gewirkt, daß der Anhang der beiden Minister sich zu Verteidigungen veranlaßt sieht. Bratianu-Blätter sagen, Bratianu hätte Marghiloman's Rat nicht befolgen können, solange noch ein Schatten von Hoffnung vorhanden war, daß die Front im Osten Widerstand leisten könne. Die von Late Jonescu geführten ententefreundlichen Konservativ-Demokraten erklären, daß sie von der Mitteilung Marghiloman's keine Kenntnis hatten, und daß Bratianu sie wahrscheinlich deshalb nicht verständigt habe, um nicht schon damals eine Kabinettskrise herbeizuführen, da er wußte, daß die Konservativ-Demokraten entschlossen seien, den Abschluß des Friedens und selbstverständlich den Eintritt in Friedensverhandlungen unter keinen Umständen zuzugeben.

Das Kommentieren zu der durch Marghiloman's Verurteilung Beendeten Kabinettskrise geht hervor, daß diese Gruppen auch jetzt noch ihre Hand führend im Spiel gehabt haben.

Die Waffenruhe mit Rumänien läuft heute ab. Die Beschleunigung der Ernennung Marghiloman's dürfte mit diesem Faktum zusammenhängen. In Wiener politischen Kreisen wird nicht bezweifelt, daß die Verlängerung der Waffenruhe erfolgt.

Das Rennen aufgegeben!

Verzicht der Unabhängigen in Niederbarnim.

Die Kreisversammlung des unabhängigen sozialdemokratischen Wahlvereins Niederbarnim hat einstimmig beschlossen, ihren Wählern für die am 28. März stattfindende Stichwahl Stimmhaltung zu empfehlen.

Der Beschluß wird in längeren Ausführungen begründet, die mit dem Geständnis beginnt, daß die Ertragswahl nicht den von den Unabhängigen gewünschten Ausgang genommen habe. Es folgen dann die zum Ueberdruß gehörten Entschuldigungsgründe, gemischt mit den ebenso bekannten Einwürfen gegen die sozialdemokratische Partei. Interesse verdient nur folgender Abiag:

Ausdrücklich heben wir hervor, daß diese Zurückhaltung nicht etwa in der Abneigung ihren Grund hat, gegen einen auch sozialdemokratischen Kandidaten zu Felde zu ziehen. Im Gegenteil, wir sind mehr als je von dem Gegenseitigen zu dem Regierungssozialismus durchdrungen und werden in der Betonung dieser Gegnerschaft nicht ermatten.

Der Rat, den die gewiß den Unabhängigen freundlich gesinnte „Welt am Montag“ diesen erteilt, als gute Demokraten das Volksurteil von Niederbarnim anzuerkennen, wird also von den Unabhängigen in den Wind geschlagen. Sie sind eben keine guten Demokraten, sie erkennen das demokratische Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit heute ebenso wenig an, als sie es bei der Parteispaltung anerkannt haben.

Die Haltung der Sozialdemokratie zur Stichwahl wird durch den Beschluß der Unabhängigen nicht geändert. Das sozialdemokratische Wahlkomitee erhebt folgenden Ausruf:

An die Wähler von Niederbarnim!

Die unabhängigen Sozialdemokraten haben nach dem vernichtenden Urteil, das die Massen der Wähler am Hauptwahltag über ihre Politik abgegeben haben, beschlossen, bei der Stichwahl Stimmhaltung zu üben.

Das darf die Wähler nicht hindern, am Stichwahltag, Dienstag, den 28. März,

ihre Stimme für den Kandidaten der Sozialdemokratie Rudolf Bissell abzugeben.

Die Abstimmung der Wähler hat eine über den Wahlkreis hinausgehende Bedeutung. Es ist das Volksgericht über die Fragen des Krieges und unserer inneren Politik.

Jetzt müssen alle ihre Stimmen auf Bissell vereinen, die einen Frieden der Verständigung und den Ausbau unserer inneren Zustände in demokratischer Richtung fordern.

Es gilt eine machtvolle Demonstration, die des Hauptwahltags würdig ist.

Die Wahlarbeiten der sozialdemokratischen Partei werden durch den Beschluß der Unabhängigen nicht beeinflusst. Es gilt nach wie vor: Jeder Mann auf dem Posten!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Das amtliche Wahlergebnis stellt sich nunmehr folgendermaßen heraus:

Arbeitersekretär Rudolf Bissell (Soz.) 28 850 Stimmen, Stadtverordneter Dr. Rudolf Breitscheid (Unabh.) 18 892, Stadthauptmann Dr. Marek (nat.) 8001, Eisenbahnhandwerker Otto Hoffmann (Kr. V.) 6400, Amtsborscher Ruhn-Birkenwerder (L.) 5357 Stimmen. Bessplittter waren 12 Stimmen. Insgesamt wurden 67 521 Stimmen abgegeben.

Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

Im Herbst 1912 übernahm Fürst Lichnowsky als Nachfolger Marichalls den Botschafterposten in London. Er ging dahin mit der Absicht, einen entscheidenden Wandel der auswärtigen Politik herbeizuführen, zwischen Deutschland und England ein freundschaftliches Verhältnis herzustellen. Im Frühsommer 1914 standen die deutsch-englischen Abkommen über Afrika und die Bagdadbahn vor der Unterzeichnung, und schon glaubte sich der Fürst am Ziel, da brach das Gebäude, in dem zwei große Völker freundschaftlich nebeneinander leben sollten, unter den Donnerläufen einer Weltkatastrophe zusammen.

Der Botschafter kehrte zurück mit dem Gefühl eines Menschen, der sein Lebenswerk zerschlagen sieht. Er empfand damals wohl auch nicht viel anders als wir deutschen Sozialdemokraten, die wir ja auch an der Verständigung mit Frankreich und England gearbeitet hatten, und nun, gegenüber den entfesselten Urganen, unsere Ohnmacht knirschend erkennen mußten. Den Fürsten Lichnowsky, der an die Verständigung geglaubt hatte, wie jeder Schaffende an sein Werk glauben muß, begriffte in Deutschland der Hohn der Alldeutschen, die ihm nachsagten, er habe sich von den Engländern einreisen lassen, ihre wahren Absichten nicht erkannt. Da verfaßte der Fürst im Sommer 1916 eine leidenschaftliche Streitschrift, in der er die Vorgänge vor dem Kriegsausbruch so schilderte, wie sie sich in seinen Augen darstellten. Es wurde eine Anklageschrift gegen die deutsche und die österreichische Politik.

Diese Schrift war nur für einen engen Kreis der Freunde bestimmt. Gegen den Willen des Verfassers gewann sie stärkere Verbreitung und drang zuletzt ins Ausland. Das schwedische Jungsozialistenblatt „Politiken“ begann mit ihrer Veröffentlichung, andere Blätter folgten. Da nun kein diplomatisches Geheimnis mehr zu wahren ist, das deutsche Volk aber das Recht hat, über seine eigenen Angelegenheiten mindestens ebenbürtig unterrichtet zu sein wie fremde Völker, geben wir die entscheidenden Kapitel der Denkschrift an anderer Stelle in vollem Umfang wieder.

Wie man in Deutschland den Rücktritt dreier englischer Minister bei Kriegsausbruch als Beweis für Englands Schuld an Kriege betrachtete, wie der Suchomlinowprozeß später als Zeugnis für Rußlands Schuld gewertet wurde, so wird das feindliche Ausland jetzt in der Schrift Lichnowsky's die ausschlaggebende Urkunde sehen, durch die der Streit um die Kriegsschuld zu ungunsten Deutschlands entschieden wird. Und wer vermag zu leugnen, daß von dieser Schrift auf die deutsche Außenpolitik vor dem Kriege ein schwerer Schatten fällt? Man kann sagen, daß alles, was Lichnowsky schreibt, Ausgeburt einer kranken Phantasie, alles verzerrt und verzeichnet ist. Aber daraus würde nur folgen, daß der wichtigste Botschafterposten, den Deutschland zu vergeben hat, mit einem Narren und Dummkopf besetzt war. Will man aber der deutschen Politik diese Kompromittierung ersparen, nun, dann bleibt nichts anderes übrig, als die Schrift und ihren Verfasser ernst zu nehmen und sich sachlich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Und so sei denn gesagt: Es ist keine Schande, und es braucht kein Unglück zu sein, daß die deutsche Politik vor Ausbruch des Krieges auch außerhalb der Sozialdemokratie scharfe Anfechtung gefunden hat. Das Ausland darf das als Zeichen dafür nehmen, daß in Deutschland die Gewissen nicht schlafen. Aber es würde sich täuschen, wenn es von dieser Veröffentlichung einen Niederbruch der allgemeinen Stimmung erwartete. Die Schrift Lichnowsky's bedarf in vielen Punkten kritischer Nachprüfung, aber auch diejenigen in Deutschland, die so manches, was in ihr steht, für richtig halten, werden sich doch durch in ihrem Willen, das Land vor einer Niederlage zu bewahren, nicht erschüttern lassen.

Wie war es denn im August 1914? Wir Sozialdemokraten hatten die auswärtige Politik Deutschlands aufs schärfste bekämpft, fanden den leitenden Männern des Reichs nicht nur in sachlicher Gegnerschaft, sondern sogar in persönlich empfundener Feindschaft gegenüber — denn unsere Partei wurde verleumdet und verfolgt —, als aber die Würfel gefallen waren, gab es nur noch einen Willen: Deutschland darf nicht geschlagen werden! Und dieser Wille besteht noch.

Aber stärker und stärker hat sich ihm ein zweiter Wille beigelegt: den Krieg sobald wie möglich ohne Schaden für das deutsche Volk zu beenden. Die Wirkungen, die Lichnowsky's Schrift in der Beziehung auf Kriegsbeendigung oder Kriegsverlängerung übt, sind uns daher im Augenblick wichtiger

als die größere oder geringere Aufschreibbarkeit seiner gewöhnlichen Darstellungen. Leider wird die Schrift, soweit sie als Beweisstück für die deutsche Schuld an Kriege angesehen wird, den Kriegswilligen draußen aufs neue beleben. Sie kann aber noch eine andere Wirkung haben, sie kann dazu beitragen, daß man in Deutschland über England wieder etwas ruhiger und objektiver denken lernt.

Fürst Lidnowsky kann über die Wien-Berliner Vorgänge im Juli 1914 nichts aus eigener Wahrnehmung ausführen, seine Darstellung beruht auf Hörensagen und mag so manche Ueberlieferung, manchen tatsächlichen Irrtum enthalten. Aber was zu jener Zeit in London vorging, das hat der deutsche Botschafter dort doch erlebt, und er ist, wenigstens offiziell, sogar sein berufener Beurteiler. Um die Tatsache kommt man doch nicht herum, daß der Mann, der von der deutschen Regierung nach England geschickt war, um die englische Politik zu beobachten, über sie zu berichten und mit ihr Fühlung zu halten, ihr ein geradezu glänzendes Zeugnis ausgestellt hat. Diese Tugend wird in uns gewiß nicht die Lust erwecken, von England besieg zu werden — wir wissen zu genau, was wir nach bald vierjährigem Kriege von einem siegreichen England zu erwarten hätten —, wohl aber erschüttert er die Auffassung, daß es für Deutschland fürder kein Leben geben könnte denn auf den Trümmern des englischen Weltreichs.

Auch wenn die englische Regierung von 1914 den Krieg nicht gemollt hat, so liegt doch fest, daß das englische Volk von 1918 über um den Sieg über Deutschland kämpft als irgendein anderes Volk der Welt. Diesen Sieg wollen wir ihm und werden wir ihm nicht gönnen. Aber was wir leidenschaftlich wollen, das ist eine Beendigung des Völkergemeinbels, noch ehe all die Opfer gefallen sind, die eine letzte Entscheidung durch die Gewalt erfordert. Zur Erreichung dieses Zieles kann es beitragen, wenn sich das deutsche Volk nicht von Feindeshass blenden läßt, und in diesem Sinne empfehlen wir die Schrift des Fürsten Lidnowsky der Aufmerksamkeit der Leser.

Die Lidnowsky-Denkschrift im Hauptauschuß.

Berlin, 19. März. (W. L. W.)

Am 16. März fand im Hauptauschuß des Reichstages eine Sitzung statt, die sich mit zwei in letzter Zeit auffällig in Deutschland verbreiteten Schriftstücken, in erster Linie mit einer Denkschrift des Fürsten Lidnowsky vom 14. August 1916, befaßte, welche gegen die Politik der Regierung kurz vor Ausbruch des Krieges gerichtet ist. Bei Eröffnung der Diskussion führte der

Stellvertreter des Reichslanzlers v. Bahr

aus, über die Entleerung und Veröffentlichung der Denkschrift habe Fürst Lidnowsky sich selbst am 16. März dem Reichslanzler gegenüber u. a. folgendermaßen geäußert:

„Eure Erzählung ist bekannt, daß rein private Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, durch einen unerhörten Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise gefunden haben.“

Es handelt sich im wesentlichen um subjektive Betrachtungen über unsere gesamte Auslandspolitik seit dem Berliner Kongresse. Ich erkläre in der feststehenden Abkehr von Rußland und in der Ausdehnung der Bündnispolitik auf ostasiatische Fragen die eigentlichen Wurzeln des Weltkriegs. Daran anschließend unterzog ich auch unsere Maritimo- und Motivenpolitik einer kurzen Beleuchtung.“

Seine Londoner Mission konnte hierbei naturgemäß um so weniger unberücksichtigt bleiben, als ich das Bedürfnis empfand, der Zukunft gegenüber und zu meiner eigenen Rechtfertigung die Einzelheiten meiner dortigen Erlebnisse und Eindrücke zu notieren, ehe sie meiner Erinnerung entschwanden.“

Diese gemäßigten nur für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen, die ich ohne Alienmaterial oder Rollen aus der Zeit meiner amtlichen Tätigkeit aus dem Gedächtnis niederschrieb, glaube ich einigen ganz wenigen politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß wie zu ihrer Zuverlässigkeit, gegen die Zurechnung unbedingter Verantwortlichkeit setzen zu können.“

Fürst Lidnowsky schilderte sodann in seinem Schreiben, wie die Denkschrift durch Indiskretion eine weitere Verbreitung gefunden habe und drückt zum Schluß sein lebhaftes Bedauern über den höchst ärgerlichen Vorfall aus.

Mittlerweile habe der Fürst sein Abschiedsgesuch eingereicht und bemitleidet erhalten, und da ihm zweifellos keine böse Absicht vorzulegen sei, sondern es sich mehr um eine Unvorsichtigkeit gehandelt habe, habe man davon abgesehen, weiter gegen den Fürsten vorzugehen. Wohl aber müsse gegen einzelne seiner Darstellungen und Behauptungen auch im Hauptauschuß Widerspruch erfolgen. Das gelte namentlich von den Behauptungen über die politischen

Vorgänge vor Ausbruch des Krieges.

Diese Vorgänge seien dem Fürsten aus eigener Wissenschaft nicht bekannt. Es seien ihm anscheinend von dritter Hand unterrichtet worden, welche unzutreffende Informationen zugegangen, welche Möglichkeiten der Fürst auch selbst angegeben habe.

Als Schlüssel für die Irrtümer und die Fehlschlüsse der Denkschrift sei vielleicht auch noch die auffällige Ueberschätzung der eigenen Verdienste durch den Fürsten heranzuziehen, die von einem förmlichen Hah gegen diejenigen begünstigt sei, die seine Leistungen nicht so anerkennen, wie er es erwarte. An mehr als einer Stelle deute er an, daß für diese in erster Linie für ihre Entbehrung nicht sachliche Ermäßigungen maßgebend gewesen seien, sondern die Frage, ob ihre Stellungnahme ihm nützlich oder schaden, angenehm oder unangenehm sein könnte. Ueberschätzung mit diesem Zuge ziehe sich durch die ganze Denkschrift eine auffällige Berechnung für die fremden Diplomaten, namentlich die englischen, die wahrhaft liebevoll geschmeichelt würden und im Gegenzug dazu eine ebenso auffällige Gereiztheit gegen fast sämtliche deutsche Staatsmänner. Das Resultat sei gewesen, daß der Fürst in nicht seltenen Fällen gerade die eifrigsten Gegner Deutschlands als dessen beste Freunde angesehen habe, weil sie sich mit ihm persönlich gut gestellt hätten. Bei einer solchen Verleumdung der Menschen sei es kein Wunder, daß der Fürst bei seiner Darstellung so falschen Schlüssen gekommen sei. So gebe er selbst zu, daß er der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst keine weitergehende Bedeutung beigegeben und es über vermehrt habe, daß man in Berlin die Lage anders beurteilt habe. Schon dieser Irrtum allein mache es erklärlich, daß der Fürst kein ungetrübtes Verständnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung gehabt habe.

Am einzelnen gebe auch der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer 1914, wie bei Abfassung der Denkschrift die Ansicht vertreten haben wolle, daß trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Friede hätte von der deutschen Regierung durch Einwirkung auf Österreich aufrechterhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenutzt hätte; von Rußland wäre, wenn dies geschehen wäre, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wie falsch eine solche Politik gewesen wäre, sei jetzt durch die Aufklärungen des Suchomlinowprozesses überzeugend festgestellt.

Die angeblichen Tatsachen, auf die der Fürst sich zur Rechtfertigung seiner Politik berufe, händen im einzelnen vielfach in direktem Widerspruch mit der objektiv festzustellenden Wahrheit. Redner führte dies im einzelnen aus. So bezüglich der Behauptung des Fürsten, daß Graf von Wolff zum Krieg gedrängt habe, bezüglich des am 5. Juli 1914 in Potsdam abgehaltenen Kronrats, bezüglich der Verlesung eines österreichischen Protokolls über diesen angeblichen Kronrat an den Grafen Mensdorff nach London, in welchem Protokoll der Zusatz enthalten gewesen sei: Es werde nichts schaden, wenn auch daraus ein Krieg mit Rußland entspringe.

Diese sämtlichen Behauptungen seien nachweisbar falsch. Ebenso die Behauptung, daß der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Juli 1914 in Wien gewesen sei, wie die Behauptung, Graf Pourtales habe berichtet, Rußland werde sich unter keinen Umständen rühren. Wie unbegründet die Klagen des Fürsten darüber seien, daß man nicht seiner Anregung entsprechend die serbische Krise durch eine Konferenz zu beendigen versucht habe, sei jetzt unverkennbar und die Verhandlungen des Suchomlinowprozesses hätten gezeigt, wie unbegründet seine Vorwürfe seien, daß Deutschland die russische Mobilisierung mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe. Ebenso sei es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vermittlungsvorschläge Englands abgelehnt. Ganz besonders dringend sei von Berlin aus der letzte Vermittlungsvorschlag Sir Edwards Greys in Wien befürwortet worden, wie aus den Instruktionen hervorgehe, die der Reichslanzler von Bethmann Hollweg am 9. November 1916 im Hauptauschuß bekanntgegeben habe. Unglücklicherweise für den Fürsten habe er seine Denkschrift drei Monate zu früh verfaßt. Wie wenig die Vorwürfe des Fürsten gegen die Friedensliebe der deutschen Politik begründet seien, beweise er selbst in der Denkschrift durch Erzählung eines

Vorganges am 1. August 1914.

Damals habe der Fürst infolge eines telefonischen Mißverständnisses von London aus berichtet, Sir Edward Grey habe an ihn die Frage gerichtet, ob Deutschland Frankreich nicht angreifen würde, falls es in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleibe. Sofort nach Eintreffen dieses Telegramms sei von Berlin aus das bekannte Telegramm des Kaisers an den König von England abgegangen, in welchem Deutschland sich erboten habe, auf den englischen Vorschlag einzugehen, falls England mit allen seinen Kräften die bedingungslose Neutralität Frankreichs garantieren wolle. Daß die Meldung des Fürsten irrtümlich gewesen war, ändere an der Bewertung des deutschen Schrittes nichts. Wenn die Denkschrift von einer Verständigung mit England rede, so müsse zur Vermeidung von Irrtümern betont werden, daß diese sich nur auf die Bagdadbahn und auf die portugiesischen Kolonien bezogen hätte; eine Gesamtverständigung mit England sei angehts der damaligen europäischen Verhältnisse, namentlich angesichts des unbedingten Festhaltens Englands an der Entente, nicht möglich gewesen. Der Zweck der Denkschrift im ganzen sei offenkundig. Sie sollte dem Leser zeigen, eine wie viel bessere und einseitigere Politik der Verfasser gemacht und wie er dem Reiche den Frieden gesichert hätte, wenn man seinen Ratsschlüssen gefolgt wäre. Aus diesem Glauben an sich werde dem Fürsten niemand einen Vorwurf machen. Es sei ihm auch freigestanden, sich Aufzeichnungen über die Vorgänge und über seine Stellung zu denselben zu machen. Aber dann hätte er die unbedingte Verpflichtung gehabt, dafür zu sorgen, daß sie nicht an die Öffentlichkeit kommen könnten, und so klein der von ihm in Aussicht genommene Preis gewesen sein möge, hätte er doch die Verpflichtung gehabt, nichts den ihm bekannten Tatsachen Widersprechendes zu behaupten und das ihm zugetrugene Tatsachenmaterial zu prüfen. So wie die Dinge jetzt lägen, werde die Denkschrift, die doch nur betonen solle, daß die Weltgeschichte nur deshalb in falsche Bahnen gelenkt worden sei, weil man anderswärts ihn, den Fürsten, um seinen Erfolg beneidet hätte, bei den Uebelwollenden wie bei den Oberflächlichen Schaden genug stiften. Jemand, welchen historischen Wert habe die Denkschrift nicht, sie sei auch nicht bestimmt dazu der objektiven Wahrheit zu dienen, sondern lediglich den subjektiven Zwecken des Einzelnen.

Der Zweck der Denkschrift im ganzen sei offenkundig. Sie sollte dem Leser zeigen, eine wie viel bessere und einseitigere Politik der Verfasser gemacht und wie er dem Reiche den Frieden gesichert hätte, wenn man seinen Ratsschlüssen gefolgt wäre. Aus diesem Glauben an sich werde dem Fürsten niemand einen Vorwurf machen. Es sei ihm auch freigestanden, sich Aufzeichnungen über die Vorgänge und über seine Stellung zu denselben zu machen. Aber dann hätte er die unbedingte Verpflichtung gehabt, dafür zu sorgen, daß sie nicht an die Öffentlichkeit kommen könnten, und so klein der von ihm in Aussicht genommene Preis gewesen sein möge, hätte er doch die Verpflichtung gehabt, nichts den ihm bekannten Tatsachen Widersprechendes zu behaupten und das ihm zugetrugene Tatsachenmaterial zu prüfen. So wie die Dinge jetzt lägen, werde die Denkschrift, die doch nur betonen solle, daß die Weltgeschichte nur deshalb in falsche Bahnen gelenkt worden sei, weil man anderswärts ihn, den Fürsten, um seinen Erfolg beneidet hätte, bei den Uebelwollenden wie bei den Oberflächlichen Schaden genug stiften. Jemand, welchen historischen Wert habe die Denkschrift nicht, sie sei auch nicht bestimmt dazu der objektiven Wahrheit zu dienen, sondern lediglich den subjektiven Zwecken des Einzelnen.

Des weiteren handele es sich um ein in Briefform gefaßtes, an eine größere Anzahl von Personen gesandtes und selber stark verwickeltes Rundschreiben eines zur Zeit sich in der Schweiz aufhaltenden

Dr. Mühlton,

der zur Zeit des Kriegsausbruchs Mitglied des Krupp'schen Direktoriums gewesen sei. Mühlton sei nach dem Brief in der zweiten Hälfte Juli 1914 hinfereinander bei zwei bekannten Herren in hervorragender Stellung gewesen und erzähle nun angebliche Äußerungen derselben, aus denen er den Schluß ziehe, daß es der deutschen Regierung im Juli 1914 an dem Friedenswillen gefehlt habe. Die beiden Herren hätten sich schriftlich dahin geäußert, daß es sich bei Dr. Mühlton um einen nervenkranken Mann handle, der schon zur Zeit seiner Tätigkeit in Offen nicht habe in einen Raum eintreten können, in dem mehrere ihm unbekannte Herren versammelt seien, und der nach seinem Austritt aus dem Direktorium wiederholt mit seinen Nerben zusammengebrochen sei und längere Zeit ausschließlich seiner Erholung habe leben müssen. Eine abschließende Schädigung des Vaterlandes durch denselben nehme sie nicht an, widersprechen dagegen bestimmt den ihnen in den Mund gelegten Äußerungen, aus denen Dr. Mühlton seine Schlüsse ziehen wolle. Sie könnten seine Niederschrift nur als pathologisch bezeichnen. Nach dieser ganzen Sachlage könne den Erzählungen des Dr. Mühlton kein weiteres Gewicht beigegeben werden, als die beiden Herren, die die angeblichen Äußerungen getan haben sollen, ihnen beimeinen, sie seien Äußerungen eines kranken Gemüts.

In der anschließenden Diskussion erklärte der Abg. Greber, die Denkschrift des Fürsten Lidnowsky sei ein so merkwürdiges Attentat, daß bei jedem der Eindruck entstehe, hier schreibe ein Herr, der von geradezu krankhafter Eitelkeit erfüllt sei und aus diesem Gesichtswinkel alles beitrage und beurteile.

Der Abgeordnete Scheidemann betonte, daß die sozialdemokratische Partei die Grundursache des Krieges in der ganzen modernen Weltmachtspolitik sehe, die von allen Staaten betrieben werde. Die Sozialdemokratie habe dafür den Ausdruck Imperialismus geprägt.

Die Broschüre, in der Fürst Lidnowsky Deutschland die Schuld an Kriege zuschreiben wolle, könne seines Erachtens nur Eindruck auf sogenannte Kurzsichtigen machen. Für einen Diplomaten sei diese Broschüre geradezu Blamose. Redner gab einige Stichproben aus der Broschüre, welche die Unzuverlässigkeit und die lächerliche Eitelkeit des Fürsten darstellten. Nach Lidnowsky seien alle feindlichen Diplomaten Bratkerle. Unsere Diplomaten dagegen seien mit Ausnahme natürlich von Lidnowsky Krottel und schlechte Menschen, die dem Fürsten Lidnowsky seine „großen Erfolge“ in London nicht gönnen. Wie der Redner näher darlegte, befanden sich auch mehrere falsche Daten in der Broschüre, der Krieg an Rußland sei zum Beispiel nicht am 31. Juli erklärt worden, sondern am 1. August. Leider gäbe es zahlreiche Fälle, die beweisen, daß unsere diplomatische Vertretung im Auslande verfaßt habe. Sie müsse von Grund auf reformiert werden.

Der Abgeordnete Dr. Müller-Meinungen führte aus: Es sei ein Segen, daß die Giftbombe jetzt durch uns zur Explosion gekommen sei, sonst hätte sie viel Unheil angerichtet. Im Auslande sei man im Besitze des Materials und warte den psychologischen Augenblick zur Heberauslösung mit den beiden Schriftstücken ab.

Er sei trotz Mühlton und Lidnowsky tiefenfest überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit des Auswärtigen Amtes wie vor allem der Deutsche Kaiser immer den Frieden haben wollten, und stets gegen einen Krieg mit England waren. Bethmann Hollweg habe in Wien getan, was er konnte, um den Krieg zu verhindern. Das englische Blaubuch sei der beste Beweis dafür.

Die englische und französische Regierung habe in Petersburg völlig versagt. Der Redner weist auf die Fehler der deutschen Diplomatie in Petersburg und Rom hin und verlangt die völlige Reform unseres diplomatischen Systems.

Der Abgeordnete Dr. Stresemann geht auf die Fragen der Entstehung des Krieges und der diplomatischen Veränderungen nicht ein. Redner schließt sich dem Wunsche an, daß das Weißbuch ergänzt werde.

Aus der Lidnowskischen Broschüre sei das Gravierendste schon von den Abgeordneten Greber und Scheidemann vorgebracht. Man könne den Verfasser überhaupt nicht verantwortlich erkläre nehmen. Das Tollste an der Broschüre sei ihr Ausgang, wo Lidnowsky die Zukunft schildere und gewissermaßen in dem britischen Imperialismus das Heil der Welt erblicke. Das Kolonialabkommen mit England sei von Lidnowsky überschätzt worden. Durch die ganze Broschüre ziehe sich der Gedanke, England rein zu waschen und auf Deutschland die Schuld zu schieben. Die Vertreter der Parteien hätten sich im Wesentlichen der Kritik des Botschafters angeschlossen.

Im Falle Mühlton ist Redner der Meinung, daß das Angeführte wenig Veranlassung zur Erregung gibt.

Der Abgeordnete von Graefe bemerkt, es sei erschrecklich, daß die Vertreter sämtlicher Parteien in der Beurteilung der bedauerlichen Vorgänge einmütig gewesen seien. Auf Einzelheiten der Lidnowskischen Schrift ginge der Redner nicht mehr ein, da von den Parteirednern bereits genügend zitiert worden sei. Ihm läme es vielmehr darauf an, die Konsequenzen zu behandeln, die zu ziehen seien. Es schiene ihm vor allem jede allzu wohlwollende Nachsicht nicht am Platze. Für die weitere Verbreitung der Lidnowskischen Schrift treffe eine sehr erhebliche Rükschau gewisse demokratische Kreise, die schon damals nicht an den Weltkrieg hätten glauben wollen. Mit dem Abgeordneten Müller (Meinungen) stimme Redner darin überein, daß das Auswärtige Amt in seiner Zusammenziehung und seiner Methode einer gründlichen Revision unterzogen werden müsse.

Freiburg von Camp bemerkt: Im Reichstage und im ganzen deutschen Volke würden seit vielen Jahren die erheblichen Beschwerden über unsere Diplomatie ausgesprochen. Es müsse in der Zukunft mit dem jetzigen System ganz gebrochen werden.

Halbans sei in Berlin sehr liebenswürdig aufgenommen und habe Einblicke in manche Verhältnisse bekommen, die sonst niemandem gewährt seien. In England habe man ihn aber bei seiner Rückkehr wie einen Vaterlandsverräter geachtet. Ein Freund Halbanses, der englische Schriftsteller Bogie, habe in einer 1916 erschienenen Broschüre „Reinigung of Great Britain“ Halbans verteidigt und anerkannt, daß unser Kaiser eine Verständigung mit England gewünscht hätte. Ueber solche Tatsachen hätte Lidnowsky unterrichtet sein und darin den Beweis finden müssen, daß Deutschland keinen Krieg mit England wolle. Er beantragt die Vorlegung des gesamten Materials, wie er es wiederholt im Reichstage verlangt und auch dem Herrn Reichslanzler gegenüber angemagt habe. Solange dies nicht geschehe, hätten alle Erörterungen nur einen apologetischen Zweck. Der Stellvertreter des Reichslanzlers antwortete noch, daß die Prüfung der Frage, ob ein

Kraftrechtliches oder disziplinares Verfahren

gegen den Fürsten angezeigt ercheine, durch das Reichsjustizamt geprüft worden sei. Dabei habe sich ergeben, daß aus verschiedenen rechtlichen Gründen weder eine Verfolgung des Fürsten wegen diplomatischen Landesverrats im Sinne des § 92 R. St. G., noch eine solche auf Grund des § 353 a. B. des sogenannten Krimparagrafen, Aussicht auf Erfolg geboten hätte. Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Fürsten komme nach seiner Verabschiedung überhaupt nicht mehr in Betracht. Die Veröffentlichung von Artikeln in der Presse sei dem Fürsten vom Auswärtigen Amt untersagt worden, welche Bedeutung das Verbot nach seiner Verabschiedung habe, müsse zunächst dahingestellt bleiben.

Ministerstaatssekretär v. Stamm erwiderte auf die Anfragen, wer für die Ernennung des Fürsten Lidnowsky verantwortlich sei, was sie veranlaßt habe und weshalb er von seinem Posten nicht abberufen worden sei, daß die Ernennung vom Kaiser im Einvernehmen mit dem für die Ernennung verantwortlichen Reichslanzler erfolgt sei. Der Fürst habe eine Reihe diplomatischer Stellungen im Ausland zulezt als Botschafter in Wien bekleidet, und sei eine Zeitlang als vortragender Rat im Auswärtigen Amt beschäftigt gewesen. In all diesen Stellungen habe er sich bewährt, so daß ein Grund, den Fürsten in die Stellung eines Botschafters nicht aufzudecken zu lassen, nicht vorgelegen habe. In London hat sich der Fürst mit Eifer und Hingabe seiner Aufgabe gewidmet. Seine Urteile hätten allerdings mit den Ansichten des Auswärtigen Amtes häufig nicht übereingestimmt. Das gelte insbesondere hinsichtlich seines weitgehenden Optimismus über den Stand der deutsch-englischen Beziehungen.

Nachdem seine Hoffnungen auf Herbeiführung einer deutsch-englischen Verständigung durch den Kriegsausbruch vernichtet worden seien, sei der Fürst in einem Zustand harter Erregung nach Deutschland zurückgekehrt und habe mit seiner Kritik der deutschen Politik schon damals nicht zurückgehalten. Seine Erregung sei durch die scharfen Angriffe gesteigert worden, denen er in der deutschen Presse ausgesetzt gewesen sei, deren Aufmerksamkeit er durch sein rednerisches Hervortreten in England auf sich gerichtet habe. Diese Umstände müßten bei der Bewertung der Denkschrift in Betracht gezogen werden und es sei nicht gerechtfertigt, aus denselben Rückschlüsse auf die Tätigkeit des Botschafters in London zu ziehen, sie der Regierung zur Last zu legen und daraus Vorwürfe gegen die Regierung herzuleiten.

Auf die Anfragen bezüglich des Weißbuchs müsse er antworten, daß es nicht sehr umfangreich sei; es sei sehr reich zusammengeestellt worden, um dem Reichstage bei seinem Zusammentritt ein klarer Bild von der Schuldfrage zu geben.

Die Weißbücher der anderen Staaten seien zwar viel umfangreicher, das deutsche Weißbuch habe sich aber von denselben insofern vorteilhaft ab, als es keine Fälschungen enthalte. Im übrigen sei die Ausgabe eines neuen Weißbuchs in Vorbereitung.

Die Lage in Ostasien.

Das Japanermassaker in Wladoweschtschenok.

Die Gelegenheit, den Einmarsch der Japaner in Sibirien zu beschleunigen, ist geschaffen. Die Nachricht von dem Niedermetzeln von anderthalbhundert Japanern wird — allerdings nur aus japanischer Quelle — bestätigt. Die Tokioter „Hochshimbun“ meldet, daß die Raximalkisten am 12. März einen dritten Angriff auf Wladoweschtschenok machten. Die Antimarginalisten leisteten Widerstand, wurden aber geschlagen, und von hundertfünfzig Japanern, die nicht mehr stehen konnten, wurden die meisten ermordet.

Das Blatt „Kornjatsch“ bespricht in einem langen Leitartikel die Möglichkeit der Intervention Japans in Rußland und verurteilt das Vorgehen der Japaner dadurch zu rechtfertigen, daß sie nicht als Angreifer, sondern als Beschützer ihres eigenen Gutes nach Sibirien kommen. Das von Japan an Rußland gelieferte Material ist direkt riesig. Allein im Herbst des Jahres 1916 wurden an Rußland von Japan 6 Millionen Meter Tuch zur Verarbeitung der Uniformen, 500 000 Paar Militärstiefel, 2 Millionen wollene Decken, 3000 Eisenbahnwagen, 1000 Kilometer Eisenbahnschienen, 5 Millionen Granaten, 300 schwere Geschütze geliefert. Japan muß also — so behauptet das Blatt — dafür sorgen, daß das riesige Material nicht verloren geht.

Aus der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

Wir veröffentlichen die entscheidenden Kapitel aus der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky bis auf das erste Kapitel über Edward Grey, in dem einige persönliche Nebensächlichkeiten getrichen sind, ungekürzt. Die vorangehenden Abschnitte, auf die zurückzukommen wir uns vorbehalten, greifen weiter in die Zeit vor dem Kriege zurück. Im übrigen verweisen wir auf die Ausführungen unseres Leitartiklers.

Redaktion des „Vorwärts“.

Sir Edward Grey.

Sir Ed. Greys Einfluß war in allen Fragen der auswärtigen Politik nahezu unbeschränkt. Zwar sagte er bei wichtigen Anlässen: „I must first bring it before the cabinet“ (ich muß das erst im Ministerrat vorbringen), doch schloß sich dieses seinen Ansichten regelmäßig an. Seine Autorität war unbestritten.

Aus einer alten, im Norden Englands begüterten Familie stammend, die bereits dem bekannten Staatsmann Grey gekrönt hatte, schloß er sich dem linken Flügel seiner Partei an und sympathisierte mit Sozialisten und Pazifisten. Man kann ihm einen Sozialisten im besten Sinne nennen, denn er übertrug die Theorie auch auf sein Privatleben, das sich durch die größte Einfachheit und Anspruchslosigkeit auszeichnete, obwohl er über reichliche Mittel verfügte. Seine Repräsentation liegt ihm fern. Er hatte in London nur ein kleines Absteigequartier, gab niemals Dinners, außer dem einen amtlichen im Foreign Office (Auswärtigen Amt) zu Königs Geburtstag. Wenn er ausnahmsweise einige Gäste bei sich sah, so war es zu einem einfachen Essen oder Frühstück in ganz kleinem Kreise und mit wechselläufiger Bedienung. Auch mied er große Gesellschaften und Feste.

Die Einfachheit und Sauterkeit seines Wesens verschafften ihm auch die Achtung seiner Gegner, die mehr auf dem Gebiete der inneren als der auswärtigen Politik zu suchen waren. Lügen und Intrigen sind ihm gleichmäßig fern.

So sieht der Mann aus, der als Lügen-Grey und als Anstifter des Weltkrieges verächtlich wird.

Serbische Krise.

Ende Juni (1914) beabsichtigte ich mich auf Allerhöchsten Befehl nach Kiel, nachdem ich wenige Wochen vorher in Oxford Sarendorf geworden war, eine Würde, die vor mir kein deutscher Vorkämpfer seit Herrn von Bülowen bekleidet hatte. An Bord des Meteor erfuhr ich von dem Tod des Erzherzogthronfolgers, S. M. bedauerte, daß dadurch seine Bemühungen, den hohen Herrn für seine Ideen zu gewinnen, vergeblich waren. Ob der Plan einer aktiven Politik gegen Serbien schon in Konopischt festgelegt wurde, kann ich nicht wissen.

Da ich über Wiener Ansichten und Vorgänge nicht unterrichtet war, maß ich dem Ereignis keine weitgehende Bedeutung bei. Ich konnte später nur feststellen, daß bei österreichischen Aristokraten ein Gefühl der Erschütterung andere Empfindungen hervorgerufen. In Vord des Meteor befand sich auch als Gast S. M. ein Oesterreicher, Graf Felix Thun. Er hatte die ganze Zeit wegen Seefahrt, trotz herrlichen Wetters, in der Kabine gelegen. Nach Eintreffen der Nachricht war er aber gesund. Der Schreck oder die Freude hatte ihn geheilt!

In Berlin angekommen, sah ich den Reichskanzler und sagte ihm, daß ich unsere auswärtige Lage für sehr befriedigend hielt, da wir mit England so gut ständen, wie schon lange nicht. Auch in Frankreich sei ein pazifistisches Ministerium am Ruder.

Herr v. Bethmann Hollweg schien meinen Optimismus nicht zu teilen und beklagte sich über russische Rüstungen. Ich suchte ihn zu beruhigen und betonte namentlich, daß Rußland gar kein Interesse habe, uns anzugreifen, und daß ein solcher Angriff auch niemals die englisch-französische Unterstützung finden würde, da beide Länder den Frieden wollten. Darauf ging ich zu Herrn Dr. Zimmermann, der Herrn von Jagow betrat, und erfuhr von ihm, daß Rußland im Begriff sei, 100 000 Mann neuer Truppen aufzustellen. Aus seinen Worten ging eine unerbittliche Rüstung gegen Rußland hervor, das uns überall im Wege sei. Es handelte sich auch um handelspolitische Schwierigkeiten. Daß General von Kollie zum Krieg drängte, wurde mir natürlich nicht gesagt. Ich erfuhr aber, daß Herr von Tschirsky einen Verweis erhalten, weil er berichtet, er habe in Wien Serbien gegenüber zur Mäßigung geraten.

Auf meiner Rückreise aus Schlesien auf dem Wege nach London hielt ich mich nur wenige Stunden in Berlin auf und hörte, daß

Oesterreich beabsichtige, gegen Serbien vorzugehen, um unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen.

Weiter unterrichtete ich in dem Augenblick die Tragweite der Nachricht. Ich glaubte, es würde doch wieder nichts daraus werden, falls Rußland drohte, leicht beizulegen sein. Heute bereue ich, nicht in Berlin geblieben zu sein und sogleich erklärt zu haben, daß ich eine derartige Politik nicht mitmache.

Nachträglich erfuhr ich, daß bei der entscheidenden Besprechung in Potsdam am 5. Juli die Wiener Anfrage die unbedingte Zustimmung aller maßgebenden Persönlichkeiten fand, und zwar mit dem Vorbehalt, es werde auch nichts schaden, wenn daraus ein Krieg mit Rußland entstehen sollte. So heißt es wenigstens im österreichischen Protokoll, das Graf Mensdorff in London erhielt. Bald darauf war Herr von Jagow in Wien, um mit Graf Berchtold alles zu bekräftigen.

Dann bekam ich die Weisung, darauf hinzuwirken, daß die englische Presse eine freundliche Haltung einnehme, wenn Oesterreich der größtenteils bewegung den Todesstoß verleihe, und durch meinen Einfluß möglichst zu verhindern, daß die öffentliche Meinung gegen Oesterreich Stellung nähme. Die Erinnerungen an die Haltung Englands während der Amerikankriege, wo die öffentliche Meinung für die fernöstlichen Rechte auf Wohlwollen Sympathie zeigte, sowie auch an die wohlwollende Förderung nationaler Bewegungen zur Zeit Lord Byron und Garibaldi, dieses und anderes sprach so sehr gegen die Wahrscheinlichkeit einer Unterstützung der geplanten Strafexpedition gegen die Fürstenmörder, daß ich mich veranlaßt sah, dringend zu warnen. Ich warnte aber auch vor dem ganzen Projekt, das ich als abenteuerlich und gefährlich bezeichnete und riet, den Oesterreichern Mäßigung anzurathen, da ich nicht an Lokalisierung des Konfliktes glaubte.

Herr von Jagow antwortete mir, Rußland sei nicht bereit, etwas Günstigeres zu wohl geben, aber je fester wir zu Oesterreich ständen, um so mehr würde Rußland zurückweichen. Oesterreich beabsichtigte und schon so der Planauswerter und so dürfen wir nicht zweifeln. Die Stimmung in Rußland werde andererseits immer deutschfeindlicher, und da müßten wir es eben riskieren.

Angefaßt dieser Haltung, die, wie ich später erfuhr, auf Veranlassung des Grafen Pourtales ruhte, daß Rußland unter keinen Umständen sich rühren werde, und die uns veranlaßten, den Grafen Berchtold zu größtmöglicher Energie anzufeuern, erhoffte ich die

Achtung von einer englischen Vermittlung.

da ich wußte, daß Sir Ed. Greys Einfluß in Petersburg im Sinne des Friedens zu verwerten war. Ich demühte daher meine freund-

schaftlichen Beziehungen zum Minister, um ihn vertraulich zu bitten, in Rußland zur Mäßigung zu raten, falls Oesterreich, wie es schien, von den Serben Genugthuung verlangte.

Zunächst war die Haltung der englischen Presse ruhig und den Oesterreichern freundlich, da man den Nord verurteilte. Allmählich aber wurden immer mehr Stimmen laut, welche betonten, daß, so sehr eine Abmildung des Verbrechens nötig sei, eine Ausbeutung desselben zu politischen Zwecken nicht zu rechtfertigen wäre. Oesterreich wurde eindringlich zur Mäßigung aufgefordert.

Als das Ultimatum erschien, waren alle Organe, mit Ausnahme des stets notleidenden und von den Oesterreichern ansehend bezahlten „Standard“ einig in der Verurteilung. Die ganze Welt, außer in Berlin und Wien, begriff, daß es den Krieg, und zwar den Weltkrieg bedeutete. Die britische Flotte, welche zuflügig zu einer Flottenparade versammelt war, wurde nicht demobilisiert.

Ich drängte zunächst auf eine möglichst entgegenkommende Antwort Serbiens, da die Haltung der russischen Regierung keinen Zweifel mehr an den Ernst der Lage ließ.

Die serbische Antwort entsprach den britischen Bemühungen, denn tatsächlich hatte Herr Paichitsch alles angenommen, bis auf zwei Punkte, über die er sich bereit erklärte zu unterhandeln. Sollten Rußland und England den Krieg, um und zu überlassen, so genügte ein Wink nach Belgrad, und die unerhörte Rote blieb unbeantwortet.

Sir Ed. Grey ging die serbische Antwort mit mir durch und wies auf die entgegenkommende Haltung der Regierung in Belgrad. Wir berieten dann seinen Vermittlungsvorschlag, der eine beiden Teilen annehmbare Auslegung dieser beiden Punkte vereinbaren sollte. Unter seinem Vorhinein waren Herr Cambon, Marquis Imperoli und ich zusammengetreten, und es wäre leicht gewesen, eine annehmbare Form für die strittigen Punkte zu finden, die im wesentlichen die Mitwirkung der I. u. I. Beamten bei den Untersuchungen in Belgrad betrafen. In einer oder zwei Sitzungen war alles bei autem Willen zu erledigen, und schon die bloße Annahme des britischen Vorschlages hätte eine Entspannung bewirkt und unsere Beziehungen zu England weiter verbessert. Ich befürwortete ihn dringend, da sonst der Weltkrieg bevorstehe, bei dem wir alles zu verlieren und nichts zu gewinnen hätten. Umsonst! Es sei gegen die Würde Oesterreichs, auch wollten wir uns in die serbische Sache nicht mischen, wir überließen sie unserem Bundesgenossen. Ich sollte auf „Lokalisierung des Konfliktes“ hinwirken.

Es hätte natürlich nur eines Winkes von Berlin bedurft, um den Grafen Berchtold zu bestimmen, sich mit einem diplomatischen Erfolg zu begnügen und sich bei der serbischen Antwort zu beruhigen. Dieser Wink ist aber nicht ergangen. Im Gegenteil, es wurde zum Kriege gedrängt. Es wäre ein so schöner Erfolg gewesen.

Nach unserer Ablehnung hat Sir Edward uns, mit einem Vorschlag hervorgetreten. Wir bestanden auf dem Kriege. Ich konnte keine andere Antwort erhalten, als daß es ein kolossales „Entgegenkommen“ Oesterreichs sei, keine Gebietsveränderungen zu beabsichtigen.

Sir Edward wies mit Recht darauf hin, daß man auch ohne Gebietsveränderung ein Land zum Vasallen erniedrigen kann, und daß Rußland hierin eine Demütigung erliden und es daher nicht dulden werde.

Der Eindruck befestigte sich immer mehr, daß wir den Krieg unter allen Umständen wollten. Anders war unsere Haltung in einer Frage, die uns doch direkt gar nicht anging, nicht zu verstehen. Die insändigen Witten und bestimmten Erklärungen des Herrn Sazonow, später die geradezu demütigenden Telegramme des Jaren, die wiederholten Vorschläge Sir Edwards, die Warnungen des Marquis San Giuliano und des Herrn Vossant, meine dringenden Ratsschläge, alles nützte nichts, in Berlin blieb man dabei, Serbien muß massakriert werden. Je mehr ich drängte, um so weniger wollte man eintreten, schon weil ich nicht den Erfolg haben sollte, mit Sir Edward Grey den Frieden zu retten!

Da entschloß sich letzterer am 29. zu der bekannten Warnung. Ich entgegnete, daß ich stets berichtet hätte, wir würden mit der englischen Gegnerschaft rechnen müssen, falls es zum Kriege mit Frankreich käme. Wiederholt sagte mir der Minister: „It war breaks out, it will be the greatest catastrophe the world has ever seen“ (wenn ein Krieg ausbricht, gibt es die größte Katastrophe, die die Welt je erlebt hat).

Die Ereignisse überstürzten sich bald darauf. Als endlich Graf Berchtold, der bis dahin auf Berliner Weisungen den starken Mann spielte, sich zum Einlenken entschloß, beantworteten wir die russische Mobilmachung, nachdem Rußland eine ganze Woche vergeblich unterhandelt und gewartet hatte, mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung.

Englische Kriegserklärung.

Noch immer sann Sir Ed. Grey nach neuen Auswegen. Am 1. August vormittags kam Sir W. Threll zu mir, um zu sagen, sein Chef hoffe noch immer, einen Ausweg zu finden. Ob wir neutral bleiben, falls Frankreich es auch täte? Ich verstand, daß wir dann bereit sein sollten, Frankreich zu schonen, er hatte aber gemeint, daß wir überhaupt, also auch gegen Rußland, neutral bleiben. Das war das bekannte Mißverständnis. Sir Edward hatte mich für den Nachmittag beiseite. Da er sich gerade in einer Kabinats Sitzung befand, rief er mich an das Telefon, nachdem Sir W. Threll gleich zu ihm geeilt war. Nachmittags aber sprach er nur mehr von der belgischen Neutralität und von der Möglichkeit, daß wir und Frankreich uns bewaffnet gegenüber ständen, ohne uns anzugreifen.

Es war also überhaupt kein Vorschlag, sondern eine Frage ohne Verbindlichkeit, da, wie ich früher schon gemeldet, bald darauf unsere Besprechung stattfinden sollte. Die Nachricht wurde aber in Berlin, ohne erst die Unterredung abzumachen, zur Grundlage einer weitgehenden Aktion gemacht. Dann kam der Brief des Herrn Poincaré, der Brief Bonar Law's, das Telegramm des Königs Albert. Die Schwankenden wurden im Kabinett bis auf drei Mitglieder, die austraten, umgestimmt.

Ich hatte bis zum letzten Augenblick auf eine abwartende Haltung Englands gehofft. Auch mein französischer Kollege fühlte sich keineswegs sicher, wie ich aus privater Quelle erfuhr. Noch am 1. August hatte der König dem Präsidenten andwöhnend geantwortet. In dem Telegramm aus Berlin, das die drohende Kriegsgefahr andeutete, war aber

England schon als Gegner mitgegangen.

Man rechnete also bereits in Berlin mit dem Kriege gegen England. Vor meiner Abreise empfing mich am 5. Sir Ed. Grey in seiner Wohnung. Auf seinen Wunsch war ich hingegangen. Er war tief bewegt. Er sagte mir, er werde stets bereit sein, zu vermitteln: „We don't want crush Germany“ (wir wollen Deutschland nicht zerschmettern). Diese vertrauliche Unterredung ist leider veröffentlicht worden. Damit hat Herr von Bethmann Hollweg die letzte Möglichkeit zerstört, über England den Frieden zu erlangen.

Unsere Abreise vollzog sich durchaus würdig und ruhig. Vorher hatte der König seinen Equerren (Stallmeister) Sir E. B. Johnson zu mir geschickt, um sein Bedauern über meine Abreise auszusprechen, und daß er mich nicht selbst sehen konnte. Prinzess Louise schrieb mir, die ganze Familie betraure unseren Fortgang. Mrs. Asquith und andere Freunde kamen zum Abschied in die Botschaft.

Ein Extrazug brachte uns nach Harwich. Dort war eine Ehrenkompanie für mich aufgestellt. Ich wurde wie ein abreisender Souverän behandelt. So endete meine Londoner Mission. Sie schmetterte nicht an den Tüden der Briten, sondern an den Tüden unserer Politik.

Auf dem Bahnhof in London hatte sich Graf Mensdorff mit seinem Stabe eingefunden. Er war vergnügt und gab mir zu verstehen, daß er vielleicht dort bliebe, den Engländern aber sagte er, Oesterreich habe den Krieg nicht gewollt, sondern wir.

Rückblick.

Wenn ich jetzt noch zwei Jahren mit aller rückwärts schauend vergegenwärtige, so sage ich mir, daß ich zu spät erkannte, daß kein Platz für mich war in einem System, das seit Jahren nur von Tradition und Routine lebte und das nur Vertreter duldet, die so berichten, wie man es lesen will. Beurteilungslosigkeit und unabhängiges Urteil werden bekämpft, Unfähigkeit und Charakterlosigkeit gepriesen und geschätzt, Erfolge aber erregen Mißgunst und Beunruhigung.

Ich hatte den Widerstand gegen die wahnsinnige Dreieckspolitik

aufgegeben, da ich ein sah, daß es zwecklos war, und daß man meine Warnungen als Außerachtlassung (Feindschaft gegen Oesterreich), als fixe Idee hinstellte. In der Politik, die nicht Altruismus oder Altruismus ist, sondern das Geschäft der Firma, gibt es keine Milde oder Phobie (Freundschaft oder Feindschaft), sondern nur das Interesse des Gemeinwesens. Eine Politik aber, die sich bloß auf Oesterreich, Rußland und Türkei stützt, muß in Gegensatz zu Rußland geraten und schließlich zur Katastrophe führen.

Trotz früherer Irrungen war im Juli 1914 noch alles zu machen. Die Verständigung mit England war erreicht. Wir mühten einen wenigstens das Durchschnittsmäßig politische Befähigung erwerbenden Vertreter nach Petersburg senden und Rußland die Gewissheit geben, daß wir weder die Meerengen beherrschten, noch die Serben erschöpfen wollten. „Lächer l'Autriche et nous l'achérons les Français“ (lacht Oesterreich fallen, und wir werden die Franzosen fallen lassen), sagte uns Herr Sazonow. Und Mr. Cambon sagte Herrn von Jagow: „Vous n'avez besoin de suivre l'Autriche partout“ (Sie braucht mit Oesterreich nicht alles mitzumachen).

Weder Bündnisse noch Kriege, sondern nur Verträge brauchten wir, die uns und andere schützten und einen wirtschaftlichen Aufschwung sicherten, der in der Geschichte ohne Vorgang war. War Rußland aber im Westen einsetzt, so konnte es sich wieder nach Osten wenden, und der anglo-russische Gegensatz trat alsdann automatisch und ohne unsere Mitwirkung hervor, nicht minder aber der russisch-japanische.

Wir konnten auch der Frage der Rüstungsbeschränkung näher treten und brauchen uns um österreichische Rüstungen nicht mehr zu kümmern. Oesterreich-Ungarn war dann der Vasall des Deutschen Reiches und ohne Bündnis und namentlich ohne Liebesdienste, die schließlich zum Kriege führen für die Befreiung Polens und die Ermächtigung Serbiens, obwohl die deutschen Interessen gerade das Gegenteil heischen.

Ich hatte in London eine Politik zu unterstützen, deren Ziele ich erkannte. Das hat sich an mir gerächt, denn es war eine Sünde wider den Heiligen Geist.

Ankunft.

In Berlin angekommen, sah ich sofort, daß ich zum Sündenbock für die Katastrophe gemacht worden sollte, die unsere Regierung im Gegensatz zu meinen Ratsschlägen und Warnungen verschuldet hatte.

Von amtlicher Seite wurde geflüstert verbreitet, ich hätte mich durch Sir Ed. Grey täuschen lassen, denn wenn er den Krieg nicht gewollt, würde Rußland nicht mobilisiert haben. Graf Pourtales, auf dessen Berichterstattung man sich verlassen konnte, sollte geschont werden, schon wegen seiner Verwandtschaft. Er habe sich „grohartig“ benommen, er wurde begeistert gelobt, ich um so schärfer getadelt.

„Was gibt denn Serbien Rußland an?“ sagte mir dieser Staatsmann nach achtjähriger Amtstätigkeit in Petersburg. Die ganze Sache sollte eine britische Fäule sein, die ich nicht gemerkt. Im Antie erklärte man mir auch, im Jahre 1916 wäre es doch zum Kriege gekommen, dann wäre Rußland „fertig“, daher sei es besser jetzt.

Schuldfrage.

Wir haben, wie aus allen amtlichen Veröffentlichungen hervorgeht und auch durch unser Weibchen nicht widerlegt wird, das durch seine Dürftigkeit und Lügenhaftigkeit eine schwere Selbstanklage darstellt.

1. Den Grafen Berchtold ermutigt, Serbien anzugreifen, obwohl kein deutsches Interesse vorlag und die Gefahr eines Weltkrieges und bekannt sein mußte — ob wir den Vorkauf des Ultimatus gefanzt, ist völlig gleichgültig —;

2. in den Tagen zwischen dem 23. und 30. Juli 1914, als Herr Sazonow mit Nachdruck erklärte, einen Angriff auf Serbien nicht dulden zu können, die britischen Vermittlungsvorschläge abgelehnt, obwohl Serbien unter russischem und britischem Druck nahezu das ganze Ultimatum angenommen hatte und obwohl eine Einigung über die beiden fraglichen Punkte leicht zu erreichen und Graf Berchtold sogar bereit war, sich mit der serbischen Antwort zu begnügen;

3. am 30. Juli, als Graf Berchtold einlenken wollte, und ohne daß Oesterreich angegriffen war, auf die bloße Mobilmachung Rußlands hin ein Ultimatum nach Petersburg geschickt und am 31. Juli den Russen den Krieg erklärt, obwohl der Zar sein Wort verpfändete, solange noch unterhandelt wird, keinen Mann marschieren zu lassen, also die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung geflüstert vernichtet.

Es ist nicht zu verwundern, wenn angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen außerhalb Deutschlands die gesamte Kulturwelt uns die alleinige Schuld am Weltkriege beimißt.

Feindlicher Standpunkt.

Ist es nicht begreiflich, daß unsere Feinde erklären, nicht eher ruhen zu wollen, bis ein System vernichtet ist, das eine dauernde Bedrohung unserer Nachbarn bildet? Müßten sie nicht sonst befürchten, in einigen Jahren wieder zu den Waffen greifen zu müssen und wieder ihre Provinzen überannt und ihre Städte und Dörfer vernichtet zu sehen? Haben diejenigen nicht recht behalten, die voraussagten, daß der Geist Treitschkes und Bernhardis das deutsche Volk beherzichte, den Krieg als Selbstzweck verherrlicht und nicht als Uebel verabscheut, daß bei uns noch

der feudale Ritter und Junker, die Kriegerelaste regiere und Ideale und Werte gestalte, nicht aber der bürgerliche Genie Mann, daß die Liebe zur Penur, die die akademische Jugend besetzt, auch

denen erhalten bleibt, die die Geschicke des Volkes leiten? Gatten nicht die Ereignisse in Jodern und die parlamentarischen Verhandlungen des Volkes dem Ausland gezeigt, wie staatsbürgerliche Rechte und Freiheiten bei uns bewertet werden, wenn militärische Nachfragen entgegenstehen?

In die Worte Euphorions leidete der geistvolle, feither verdorbene Historiker Gramb, ein Bewunderer Deutschlands, die deutsche Auffassung:

„Träumt Ihr den Krieg?
Träume, wer träumen mag,
Krieg ist das Lösungswort!
Sieg, und so klingt es fort.“

Der Militarismus, eigentlich eine Schule des Volkes und ein Instrument der Politik, macht die Politik zum Instrument der Militärmacht, wenn der patriarchalische Absolutismus des Soldatenkönigtums eine Haltung ermöglicht, die eine militärisch-junkerliche Einflüsse entrichtete Demokratie nicht zulassen würde.

So denken unsere Feinde, und so müssen sie denken, wenn sie sehen, daß trotz kapitalistischer Industrialisierung und trotz sozialistischer Organisierung die Lebenden, wie Friedrich Nietzsche sagt, noch von den Toten regiert werden. Das vornehmste feindliche Kriegsziel, die Demokratisierung Deutschlands, wird sich verwirklichen!

Unsere Zukunft.

Heute nach zweijährigem Kampfe kann es nicht mehr zweifelhaft sein, daß wir auf einen bedingungslosen Sieg über Russen, Engländer, Franzosen, Italiener, Rumänen und Amerikaner nicht hoffen dürfen, mit dem Niederliegen unserer Feinde nicht rechnen können. Zu einem Kompromißfrieden gelangen wir aber nur auf Grundlage der Räumung der besetzten Gebiete, deren Besitz für uns überdies eine Last und Schwäche und die Befehle neuer Kriege bedeutet. Daher sollte alles vermieden werden, was denjenigen feindlichen Gruppen, die für den Kompromißgedanken vielleicht noch zu gewinnen wären, den britischen Kapitalisten und den russischen Reaktionen, ein Einlenken ersichert. Schon von diesem Gesichtspunkte aus ist das polnische Projekt ebenso zu verwerfen, wie jeder Eingriff in belgische Rechte oder die Hintertreibung britischer Bürger, vom wahren Willen des Volkes gar nicht zu reden.

Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser. Richtig, also nicht in Polen und Belgien, in Frankreich und Serbien. Das ist die Rückkehr zum Heiligen Römischen Reich, zu den Arrangen der Hohenstaufen und Habsburger. Es ist dies die Politik Montanapeters, nicht die der Drake und Raleigh, Nelson und Rhodes.

Dreibundpolitik ist Rückkehr zur Vergangenheit,

Ablehnung der Zukunft, dem Imperialismus, der Weltmacht. Mitteleuropa ist Mittelalter, Berlin—Bagdad eine Sackgasse, nicht der Weg ins Freie, zu unbegrenzten Möglichkeiten, zur Weltmission des deutschen Volkes.

Ich bin kein Gegner Oesterreichs oder Ungarns oder Italiens und Serbiens oder irgendeines anderen Staates, sondern nur ein Gegner der Dreibundpolitik, die uns von unseren Zielen ablenken und auf die schiefle Ebene der Kontinentalpolitik bringen mußte. Sie war nicht deutsche, sondern f. u. l. Handpolitik. Die Oesterreicher hatten sich daran gewöhnt, das Bündnis als einen Schirm zu betrachten, unter dessen Schutz sie noch Belieben Ausfälle in den Orient machen konnten.

Und welches Ergebnis des Völkerrings haben wir zu erwarten? Die Vereinigten Staaten von Afrika werden britisch sein, wie die von Amerika, Australien und Ozeanien. Und die lateinischen Staaten Europas werden, wie ich schon vor Jahren sagte, in dasselbe Verhältnis zu dem Vereinigten Königreich geraten, wie die lateinischen Schwärmer Amerikas zu den Vereinigten Staaten. Der Angelfache wird sich beherrschen. Das durch den Krieg erschöpfte Frankreich wird sich nur noch enger an Großbritannien anschließen. Auf die Dauer wird auch Spanien nicht widerstehen.

Und in Asien wird der Russe und der Japaner sich ausbreiten mit seinen Grenzen und Sitten, und der Süden wird den Chinesen bleiben.

Die Welt wird den Angelfachen, Russen und Japanern gehören und der Deutsche allein bleiben mit Oesterreich und Ungarn. Seine Machtherrschaft wird die des Gedankens und Handels sein, nicht aber die der Bureaucratie und Soldaten. Er war zu spät erschienen, und die letzte Möglichkeit, das Versäumte nachzuholen, ein Kolonialreich zu gründen, hat der Weltkrieg vernichtet.

Denn wir werden die Söhne Jaws nicht verdrängen, das Programm des großen Rhodes wird sich erfüllen, der in der Ausbreitung des Weltreichs, im britischen Imperialismus das Heil der Menschheit erblickte.

Tu regere imperio populos Romano, memento.
Hae tibi erunt artos: pacisq; imponere morem,
Parcere subjectis et debellare superbos.

(Du sollst die Völker im Römerreiche regieren. Deine Kunst wird sein, Friedenssitten zu erzwingen, die Unterworfenen zu schonen und die Hochmütigen des Krieges zu entzöhen.)

Reichstag.

145. Sitzung, Dienstag, den 19. März 1918,

vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Wallraf.

Anfragen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.) fragt, ob tatsächlich in Goltau von den dort beschäftigten Landsturmlenten die Erklärung gefordert worden ist,

nach 4 Monate nach der Demobilisierung im Dienst zu bleiben und daß diejenigen, die damit nicht einverstanden waren, dem Frontdienst zugeführt werden sollen.

Oberst v. Braun: Während der Demobilisierung müssen eingearbeitete Kräfte zur Verfügung stehen und Saniturlente können nur mit ihrer Einwilligung zurückgehalten werden. Sie müssen daher rechtzeitig befragt werden, damit man eventl. für Ersatzkräfte sorgen kann. Ein Druck soll natürlich nicht ausgeübt werden.

Abg. Krönig (Soz.) fragt wegen einer die Kritik der Reichsbeleidigungsstelle unterbindenden Zensurverfügung. Danach soll über die Pläne der Reichsbeleidigungsstelle über Abgabe von Kleidung und Stoffen an Nähungsarbeiter im allgemeinen nichts veröffentlicht werden, und gegen zuwiderhandelnde Zeitungen soll eingeschritten werden. Das verfährt gegen die Erklärung, daß die Zensur sich auf militärische, die Kriegsführung betreffende Angelegenheiten beschränken soll.

Ein Regierungsvorsteher erklärt, daß Verbot sei ergangen, weil es im Interesse unserer Munitionsversorgung liegt, daß solche Maßnahmen nicht vorher bekannt werden.

Abg. Dr. Gieseler (Sp.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die unwürdigen Zustände im Gefangenenlager zu Admednagar in Indien, wo viele deutsche Zivilgefangene hinter doppeltem Drahtgitter in Wellblechbaracken gefangen gehalten werden.

Geb. Legationsrat v. Eckardt: Die deutsche Regierung hat wiederholt die Räumung des Lagers und die Ueberführung der Insassen nach Orten mit besserem Klima verlangt. Die britischen Behörden haben die Ueberführung in günstiger gelegene Verghationen nur in den Fällen angeordnet, in denen es der Gesundheitszustand der Betroffenen geboten erscheinen läßt. Das kann uns jedoch nicht genügen und wir verfolgen nach wie vor unsere Forderung auf Räumung des ganzen Lagers.

Abg. Febr. v. Nitzschofen (natl.) weist auf Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten im deutsch-österreichischen Weiserverkehr hin.

Geb. Legationsrat v. Eckardt verspricht Erleichterungen.

Abg. Dr. Gieseler (Sp.) fragt, was die Regierung unter-

nommen hat gegenüber den vertraulichen Mitteilungen eines Schweizer Bundesrats an den italienischen Gesandten, durch die die Neutralität gegenüber Deutschland schwer verletzt ist.

Unterstaatssekretär v. dem Bussche: Nach dem Bericht unseres Gesandten in Bern scheint Herr Ador, dessen geringe Sympathien für Deutschland allgemein bekannt sind, mit dem italienischen Gesandten tatsächlich über die im vergangenen Herbst bevorstehende deutsche Offensive in Italien gesprochen zu haben, der Bundesrat hat jedoch nach eingehender Prüfung der Angelegenheit bekannt gegeben, daß Herr Ador sich keine Inkorrektheit habe zuschulden kommen lassen.

Abg. Dr. Jäger (B.) wünscht Auskunft über Maßnahmen zur Verhütung ungerechtfertigter Mietsteigerungen.

Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Delbrück verweist auf die Mietseinkünfteämter.

Die Regelung der Beziehungen zu Rußland nannte Dr. David eine Verständigung der ostpreussischen Junker mit den baltischen Baronen. In solcher Kennzeichnung der Regelung liegt gar kein Anlaß vor. Wir erkennen die Regelung mit Freude an, ebenso die mit Livland und Estland, denn das gesamte Baltikum bildet eine Einheit, die mit der deutschen Kultur aufs innigste verknüpft ist. Auch ein selbständiges Litauen erkennen wir unter der Bedingung einer Militärkonvention mit Deutschland und der wirtschaftlichen Anlehnung an Deutschland an. Denn ein vollkommen selbständiges Litauen ohne jede Anlehnung an ein höheres staatliches Wirtschaftsgebilde ist eine leere utopische Theorie.

Die Hoffnung auf Friede und Freundschaft mit den Polen scheint mir nach den Erklärungen der Polen sehr gering. So wenig es für uns eine esch-lothringische Frage gibt, so wenig können und wollen wir über die Zugehörigkeit Posen und Westpreußens zu Deutschland oder Preußen diskutieren. Eine Verschlebung unserer Ostgrenze brauchen wir nicht. Je weniger Polen wir dem Reiche zufügen, um so besser ist es. Aber diesen politischen Gedanken müssen wir selbstverständlich zurückstellen gegenüber der militärischen Sicherung unserer Grenzen, wenn sie von unsern Heerführern für nötig gehalten wird.

Das selbständige neue Finnland begrüßen wir aufs herzlichste. In den Verträgen fällt uns auf, daß unsere Unterhändler der Frage der Sicherung unserer Auslandsaufgaben nicht näher gekommen sind. Der Verzicht auf eine Kriegsschädigung erscheint mir ebenfalls als ein Schaden für unsere Volkswirtschaft. Wenn jetzt noch den Gegnern immer gesagt wird, wir verzichten auf eine Kriegsschädigung, so ist das ein Freidrief für sie auf beliebig lange Fortsetzung des Krieges. Wir hoffen, daß der Kampf uns den Sieg bringen wird, aber auch die Auswirkung des Sieges zum Ruhm Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Westarp (L.):

Die Auffassungen über das, was ein „Verständigungsfrieden“ ist, gehen innerhalb der Mehrheit offenbar auseinander. (Sehr richtig! und Heiterkeit rechts.) Ob die Sozialdemokratie dem Friedensvertrag zustimmen werde, hat Herr Dr. David noch unentschieden gelassen. Die Unabhängigen Sozialdemokraten werden ihn natürlich ablehnen. Wer aber den Frieden ablehnt, übernimmt damit die Verantwortung, daß der Krieg weiter geht. (Sehr richtig! rechts.) Die Angriffe des Abg. David gegen die „Militärpartei“, also die Oberste Heeresleitung, bedauere ich gerade in diesem Moment der bevorstehenden Offensive. Es wird Sache des Reichstages sein, zu diesen Ausführungen Stellung zu nehmen. Nach unserer Meinung könnte es der Reichstagsrat nicht beantworten, einen Frieden zu schließen ohne Einberufen mit der Obersten Heeresleitung, die ihn überhaupt erst in die Lage versetzt hat, Frieden zu schließen. (Sehr richtig! rechts.) Der Haupterfolg des Friedensschlusses im Osten ist, daß Ludendorff mächtiger Ueberlegenheit (Sehr richtig! rechts) und weiter, daß der eiserne Ring der Wirtschaftsblokkade gesprengt ist. Was die Lage nach dem Kriege anlangt, so wird es am besten sein, wenn wir uns möglichst stark erhalten. (Bravo! rechts.) Sehr bedauerlich ist, daß keine Kriegsschädigung in den Verträgen ausgemacht ist. (Sehr richtig! rechts.) Den Gedanken eines Gerichtshofes der Welt lehnen wir ab. In der polnischen Frage haben die neuen Ereignisse unser lebhaftestes Verwundern erregt. (Sehr richtig! rechts.) Die Erfolge, die in den interfraktionellen Besprechungen mit den Polen als Zusagen von Seiten der Polen erreicht sind, sind gleich Null. Das Interesse Deutschlands hat bei diesen interfraktionellen Besprechungen nicht in den richtigen Händen gelegen. Das deutsche Volk hat

diese Wichtigtuererei

satt. (Bravo! rechts.) Richtiger wäre es, wenn der Reichskanzler solche Verhandlungen selbst in die Hand nähme. Wir glauben nicht an die Möglichkeit eines ehrlichen freundschaftlichen Anschlusses der Polen an Deutschland. Darum dürfen wir die militärischen Sicherungen gegenüber den Polen nicht aufgeben. Allein mahngend dafür ist die Oberste Heeresleitung. (Bravo! rechts.) Ob Sie das Anexion nennen, ist uns gleichgültig. Ja begrüßen ist, daß der Reichskanzler gestern kein neues Friedensangebot ausgesprochen hat. Es handelt sich jetzt um den Kampf bis zum Ende. Die volle Verantwortung tragen die Feinde. (Bravo! rechts.)

Abg. Runert (U. Soz.) fragt, ob noch während des laufenden Jahres ein Gesandtenbüro zur umfassenden Regelung des Theaterwesens dem Reichstag vorgelegt werden wird.

Ein Regierungsvorsteher erklärt, daß ein Gesandtenbüro für die Verhandlungen mit den Sachverständigen haben sich aber durch den Krieg verzögert.

Darauf wird die

erste Lesung der Friedensverträge

mit Rußland und Finnland fortgesetzt.

Abg. Dr. Stresemann (natl.):

Der Abg. Cohen hat in der „Vossischen Zeitung“ auf die Verschärfung des deutsch-russischen Bündnisses durch Bismarck verwiesen. Aber der Realpolitiker Bismarck hätte sich im Jahre 1918 nicht auf etwas bezogen, was er unter ganz anderen Verhältnissen 50 Jahre früher gesagt hat. (Sehr richtig! b. v. Natl.) Wo sind denn die Kontrahenten in Rußland, die zu einem Bündnis mit uns geneigt sind. Schon vor dem Krieg war die russische Politik deutschfeindlich, obwohl Rußland während des Krieges mit Japan seine Westgrenze ungeschützt lassen konnte. Was hat uns die Politik der Schonung anderer Völker gebracht? Die ganze Welt wurde aufgeteilt, während wir im Schatten standen. Auch im Kriege war unsere Politik auf die Schonung der Neutralen eingestellt, während England die Neutralen bergewaltigt, sobald es im englischen Interesse liegt. Daß unsere Politik aber den Kreis unserer Freunde erweitert hätte, vermag ich nicht anzugeben. (Sehr richtig!) Wäre es mit Rußland zu dem von so vielen gewünschten Frieden der Schonung gekommen, so wäre die

Wiederaufrichtung des alten Rußlands mit seiner gewaltigen Armee

eine reale Tatsache, mit der wir für alle Zeiten hätten rechnen müssen. Das von vielen erwartete ideale Freundschaftsbündnis mit diesem Rußland ist aber keine reale Tatsache.

Abg. Ledebour (U. Soz.):

Logischerweise müßten die Mehrheitsparteien den Frieden ablehnen. Daß wir ihn ablehnen, ist selbstverständlich. Für Verlängerung des Krieges stimmen wir damit keineswegs, wir wünschen vielmehr einen besseren Friedensvertrag. Wenn der Sowjetkongreß dem Vertrag zugestimmt hat, so nur, weil die Russen den

Krieg nicht fortsetzen können. Deutschland als der obliegende Teil hätte die Macht gehabt, Rußland einen Ausgleichsfrieden, statt eines Vergewaltigungsfriedens zu bieten. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Nach unserer Ueberzeugung bedeutet dieser Frieden eine schwere Schädigung des Weltfriedens und damit Deutschlands. Der grundsätzliche Politik treibt, muß daher mit uns diesen Vertrag ablehnen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Das Lob der baltischen Deutschen ist wieder in höchsten Tönen gesungen worden. Persönlich als Menschen sind mir die Baltten, mit denen ich in Verbindung gekommen bin, immer sehr sympathisch gewesen. Das ist aber kein Grund, die falsche Politik, die die baltischen Barone zusammen mit dem Jarentum getrieben haben, unter dem Schutz des Deutschen Reiches zu neuem Leben zu erwecken. Die Entschlieungen des lurländischen Landrats, der unter dem Druck des Kommandos Oberost gewählt und wo abiesem bestätigt ist, werden ebenfalls von der militärischen Gewalt bestimmt. Die Letten sind stets für ein selbständiges lettisches Staatswesen eingetreten; daß Kommando Oberost aber hat ihnen suggerieren wollen, ein selbständiges einheitliches baltisches Staatswesen zu fordern. Das gelang aber in einer lettischen Versammlung nicht und daher wurde die lurländische Landesversammlung benützt, in der die Letten nur in geringer Minderzahl vertreten sind, und diese Vertreter sind auch noch ernannt von den Gemeindevorsteher, die selbst wieder von der deutschen Verwaltung ernannt worden sind. (Hört, hört! bei den U. Soz.) Das ist natürlich keine Vertretung des lurländischen Volkes. Es heißt

mit dem Begriff der Volkvertretung Schönklüber treiben,

wenn man diese Versammlung als Volkvertretung anerkennt. (Lebhafter Zustimmung bei den U. Soz.) Die so zustande gekommene Versammlung hat eine lurländische Herzogsmürde dem Deutschen Kaiser angetragen. Wenn er wirklich lurländischer Herzog wird, nach welchen Grundsätzen soll der gute Mann denn dort regieren? (Vizepräsident Dr. Baasche: Darüber brauchen Sie sich den Kopf nicht zu zerbrechen. Wir haben es hier mit dem russischen Friedensvertrag zu tun.) Ich muß darauf eingehen können, weil durch die ganze Art der Verwaltung in Oberost eine tiefe Feindschaft der Eiten und Letten gegen alles, was deutsch heißt, hervorgerufen werden muß. Die Militärbehörde hat eine Bekanntmachung erlassen, daß alle roten Garbisten und Angehörige bolschewistischer Bänden, wenn sie ergriffen werden, gehängt werden sollen. Es sind das russische Truppen einer russischen Regierung und dieser Befehl ist

ein direkter Bruch des Völkerechts.

(Vizepräsident Dr. Baasche: Es handelt sich hier nicht um russische Truppen; ich rufe Sie zur Ordnung!) Sie haben sich nicht in die sachliche Debatte einzumischen und kein Recht zu diesem Ordnungsruuf!

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich verbitte mit die Kritik meiner Geschäftsführung und halte den Ordnungsruuf aufrecht. (Lebhafter Zwischenruf und große Erregung bei den U. Soz. — Abg. Ledebour protestiert lebhaft gegen die Ausführungen des Vizepräsidenten, dieser wiederholt unter andern dem Lauten der Glocke seine Anordnungen und kündigt an, er werde das Haus befragen, ob es den Redner weiter hören wolle. Schließlich bittet er um Ruhe für den Redner.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Mit der bolschewistischen Regierung hat die deutsche Reichsregierung verhandelt und gegen die bolschewistischen Truppen geht man in solcher Weise vor. Die ungläubliche aldenische Taktik, uns mit allen Ländern zu verfeinden, zeigt sich auch bei der Behandlung der Polenfrage. Mit Finnland haben wir uns gar nicht im Krieg befunden. Der deutsche Einmarsch in Finnland bedeutet nichts, als den nächsten Schlag der kapitalistischen Interessen gegen die rechtmäßige sozialistische Regierung in Finnland. Die armenische Frage ist hier noch gar nicht berührt worden. Die Bezirke Ersehon, Nars und Wainum sollen der Türkei überantwortet werden. Die große Mehrzahl der Bevölkerung ist aber armenisch und georgisch und nicht jetzt der Ausstattung durch die Türken entgegen. Schon jetzt haben die Türken in Türkisch-Armenien über eine Million christliche Armenier aus Glaubenshass ausgerottet. (Hört, hört!) Die deutsche und österreichische Regierung darf es daher nicht dulden, daß türkische Truppen jetzt in diese Gebiete einzziehen. Möge man diese Gebiete sich dem neuen kaiserlichen Bundeshaat angliedern lassen! Es ist eine Ehrensache der deutschen Regierung, neue Armenier, Nebeleien zu verhindern. Die Resolution des 19. Juli wird durch diese Friedensverträge zu einem leeren Papier, mit dem Sie nichts mehr anfangen können. Selbst in dieser papierarmen Zeit. (Heiterkeit. — Abg. Erzberger: Freiheit der Völker!) Ich habe Ihnen dargelegt, welche Vergewaltigung dieser Friedensvertrag bedeutet, und da kommt dieser harmlose Mann (Große Heiterkeit) und läßt als letztes Rettungswordi heraus: Freiheit der Völker. (Heiterkeit.) Aus dieser gräßlichen Wamage kommen Sie nur heraus, wenn Sie sich aus verächtlichsten Annerktionen zu offenen Annerktionen bekennen. Wir werden überall den Kampf gegen den Annerktionismus aufnehmen. (Bravo! bei den U. Sozialdemokraten.)

Abg. Fürst Radzivil (Pole): Wir sind immer für eine ehrliche dauernde Verständigung mit dem deutschen Volke eingetreten und begrüßen es mit Genugtuung, daß die Ueberzeugung der Notwendigkeit dieser Verständigung Gemeingut der großen Mehrheit des deutschen Volkes zu werden scheint. Bei gegenseitigem guten Willen soll es unsrerseits nicht fehlen. (Bravo.)

Abg. Rumm (Deutsche Fraktion): Herr Ledebour pflanzt noch am Grabe Riederbarnims die Hoffnung auf. Riederbarnim war die Antwort auf die Ablehnung des ersten Friedensvertrags. Redner tritt des weiteren lebhaft für die Angliederung des gesamten baltischen Landes bis zum Weipussee an Deutschland ein.

Abg. Hansen (Däne): Die Kländer wünschen die Wiedervereinigung mit Schweden. Es Proj. der vollständigen Einwohner Kländer haben sich für den Anschluß an Schweden ausgesprochen. Sie haben die Bitte an Schweden, Finnland und Deutschland gerichtet, für diese Angliederung bei den Friedensverhandlungen einzutreten. Ich hoffe, daß das geschehen wird. Die Friedensverträge gehen an den Hauptauschuh.

Es folgt die erste Beratung des

neuen Kriegskredits von 15 Milliarden.

Reichssekretär Graf Koedern:

Die neue Vorlage ist bebingt durch den gesteigerten Bedarf des Heeres. Das von Hindenburg-Program hat jetzt seine volle Auswirkung bekommen. Die bisherigen Kriegskosten berechnen sich auf 550 Milliarden. Davon entfallen mindestens 370 Milliarden auf die Entente. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet stellen sich die Kriegskosten für Deutschland auf 1600 Mark, für England auf 2400 Mk., für Frankreich auf 2500 Mark. Wir können uns jetzt mit ungeschwächter Kraft nach Westen wenden. In England und Frankreich sind die letzten Kriegskredite fast einstimmig bewilligt. Wir sind zweifellos der letzten Vorkriegsperiode des Krieges, von der Clemenceau sprach, nicht mehr fern. Mit atemloser Spannung sieht die Welt der Entwicklung der Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz im Westen entgegen. Wir können dieser Entwicklung mit volstem Vertrauen entgegensehen. (Leb! Beifall.)

Abg. Haase (U. Soz.): Keine Freunde werden aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Kredite stimmen.

Damit ist die erste Lesung erledigt; in der zweiten Lesung werden die Kredite debattenlos erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 3 Uhr. (Zweite Lesung des Postfachgesetzes. Daimler-Angelegenheit.)

Schluß 6 Uhr.

Die Hand.

Von Hermann Stenz.

Der große Spieler zufall hatte uns in einem behaglichen Quartier zusammengewürfelt. Ein paar wirtliche Stellen fanden in dem geräumigen Zimmer, über dem schwarzen Marmorlamin befand sich ein gewaltiger Paroßspiegel. In den Wänden hingen einige gute Radierungen, in dunkle Leinwand gefaßt. Die Waffen und Ausrüstungsgegenstände aber waren in den beiden tiefen Wandfächer untergebracht. So daß wir aus unserer Umgebung den Artz beimoh fortgelassen hätten. In bequemem Behaglichkeit saßen wir um den runden Tisch und erzählten manderlei. Ein dritter Unteroffizier, dann ein junger Grenadier und ich. Es war bereits fünf dämmerig im Raum und wir vermieden es nicht zu wachen; zufrieden damit, daß die Dunkelheit auch unsere Kameraden noch dem Auge verdeckte. Doch fanden wir alle drei so sehr im Banne des Krieges, daß wir unseren Gesprächsstoff unter der Gewalt schwerer Erlebnisse, unter dem dumpfen Willen der Herzen sich zu entsperren, wie in einem Rauberkreis laufend, nur dem Geschehen der letzten Monate entnehmen konnten. Wir hölten das Geschehene und sprachen doch nur davon, so erfüllte es unser ganzes Sein.

Der Unteroffizier setzte eine frische Zigarre in Brand. Im flackernden Lichte des Streichholzes schüttelten sich seine in Hundert Kämpfen lantig gewordenen Haare aus dem Halsdunkel. Die Brillenstäbe um Rosenzweige und Mund schien wie ein Messerschwert zu strich. Dann sprach er weiter:

„Es war eine ganz bestimmte Stunde, welche wir damals immer zur Ablösung wollten wie in den Gräben, schnell durchlaufen mußten. Denn die Stelle konnte vom Feinde eingenommen werden. Bei Tage war es unmöglich sie zu passieren. Man wäre mit einem Feuerhagel überschüttet worden. Nachts wollten die Scheinwerfer vom Fort herüber. Oder es schwärzten die Leuchtkegel und erhellten jede Geländestelle, in welche die Scheinwerfer nicht einzubringen vermochten. So rannten wir also im Zwielichte des Kampfes, wenn das künstliche Licht keine Wirkung mehr hat, und wenn es für gewisses Sehen noch zu grau ist, über den Platz. Die sind dabei mehr geflohen wie gelaufen, wenn sie dennoch vom Feind bemerkt wurden. Oder man wühlte sich in den Schlamme irgend eines Granatloches werten und reißt sie aus. Ich kann mir glauben, daß an jener Stelle weder Baum noch Strauch stand. Jeder einigermaßen über dem Boden befindliche Gegenstand war mir ein Feind.“

„Dort sah ich die Hand eines Morgens zum erstenmal. Ungefähr in der Mitte jener Stelle geschah es. Die Hände waren unserer vorgehenden Gruppen anständig gemordet und schossen mit Schrapnell's beschier. Sofort lagen wir. Ich war nicht in den Dreck, wo ich ging und stand, das es spritzte. Nach einiger Zeit sah ich vorzüglich den Kopf, um nach meinen Seiten anzuschauen. Da war die Hand ein paar Meter von mir. Sie ragte beinahe bis zum Ellenbogen hoch aus der Erde. Mit etwas zurückgebeugtem Handgelenk und kräftig gekrümmten Fingern, welche gleichzeitig krampfhaft nach irgendeinem Unsichtbaren zu greifen und zu halten schienen. Die Seite bejaß etwas Ungehörliches, Unschickliches. Doch blieb mir nicht lange Zeit. Wir rannten nach wenigen Minuten wieder vorwärts.“

„Bei der nächsten Abführung machten wir einen langen Sprung. Plötzlich im Rennen hielt ich ein. Ich stand wieder vor ihr, prallte an der Gewalttätigkeit ihres Ausdrucks einen Augenblick erschrocken zurück und konnte dann um mein warmes Leben weiter. Und jehadmal beim Vorgehen zur Ablösung sah ich sie wieder. Es war wie vorher. Auch andere Kameraden liefen auf die Hand. Sie wurde bald besprochen. Einige der Kameraden hatten sie mit zärtlichen Redensarten abguten. Doch sprachen auch sie darüber. Daß diese Hand, wenn sie den Grund, der auch an ihren abgestumpften Gliedern nicht spurlos vorübergegangen war. Jeder suchte einen Bogen um ihre Drohung zu machen, und doch waren aller Hände auf sie gerichtet, wenn wir dort vorbeischnitten oder aber Deckung suchen mußten. Einer der Kameraden nahm vom Wadlanger einen Lappen mit und warf denselben im Vorbeilaufen über die Hand. Man sah man sie erst noch. Beim geringsten Lustzuge glaubte man, sie lebe und schreie jene elenden, zerstückelten Jungfrauen uns zur Drohung oder zum Hohn. Bis eines Tages auch jenes Zeugnis vom Binde abgeweht war und die Krallen wieder blank und hoch in die Luft nach jenem Unsichtbaren zu greifen und zu halten schienen.“

„Mir selber war die Hand wie ein Verhängnis. Jeden Abführungsmorgen kam ich dicht an ihr vorüber. Ich möchte weilen oder nicht. Denn sie lag an meinem Wege. Von diesem abmelden, daß das Leben noch mehr gefährdet. Einmal machte ich doch einen

Bogen. Ich kam dann zu zweit von meiner Gruppe ab, suchte mich zu verbessern und stand trotzdem jah wieder vor ihr. So sagte ich mich denn in das Unabänderliche.“

„Es kam Schner. Die Hand hatte schwarz hervor und drohte wie über einem Leichnam. Der Schnee schmolz, und dann gestir die Erde wieder feinstaub. Der Boden klang im Springen unter unseren Füßen. Immer und immer starrte mich die Hand an wie ein grauenhaftes lebendiges Wesen, etwas heimtückisch Zuschlagerbereitet. Sie drohte mir bis in meine Träume hinein. Die Nerven sind hart vorne abgedreht bis zum Reiben gespannt. Ich hatte keine Ruhe mehr vor ihr und schliefte nicht darüber, daß ich am hellen Tage im Graben an sie dachte. Sie quälte und tyrannisierte meine Nerven auch in der Ruhezeit. In den unmöglichsten Augenblicken sah ich sie zulecht vor Augen. Man leidet unter so etwas mehr wie unter den entsetzlichen Geschehnissen der Schlacht, welche doch ein Ende nehmen!“

„Es war mittlerweile sehr dunkel im Zimmer geworden. Der Unteroffizier schweig und griff nach der auf dem Tische liegenden Streichholzdose. Denn seine Zigarre war erloschen.“

„Und dann, was geschah weiter mit der Hand?“ fragte der junge Grenadier.“

„Dann,“ sagte der Unteroffizier langsam und seine Stimme lang heiser, „dann bin ich eines Nachts aus dem Graben hinausgeschlichen und habe sie mit dem Säbel abgehauen. Sie brach wie Glas.“

„Ich durchschaute es und der junge Grenadier sprach sein Wort mehr. Der Unteroffizier entzündete ein Streichholz und brante die Zigarre an. An flackernden Lichtschein war sein Gesicht farblos wie immer. Aber mir schien es, wie wenn seine Stimme feucht plätsch und seine Hände unsicher seien.“

„Ich kann mich aber auch getäuscht haben!“

Offenbach — und Thielcher.

(Im Theater des Westens).

Seit Sonnabend hat das Theater des Westens seine gedoppelte Attraktion. Zunächst ist die „Der Regimentskammerherr“ auf, in dem unschwer ein der raffinierten Einzelgänger unter den 102 kleinen und großen Bühnentheatern Meister Offenbachs erkannt werden muß. Fast unbemerkt sind sechs Jahrzehnte oder mehr an dieser Bühnen, wahrhaftig gestreift parabolischen Puff vorübergezogen. Schon allein das Lächeln-Darsteller verleiht dem lange Zeiten verschollen gebliebenen Werkchen das Recht letzter Neubelebung. Aber es gibt da noch einige andere Kostbarkeiten, so das Wolfermatt, den Grenadiermarkt, die Koloraturen der Kammerherrn, die Trinkzene. Ja und die diabolische Kammerherr des soldatischen Titelhelden und Liebhabers eben des Ständemädchens ist schon als Antlitz zum Freund Stig im Orpheus anzusehen. Das pridet wie Sekt! — es ist gemächlich Baum. Die Wiedergabe des nur eine knappe Stunde beanspruchenden Werkchens wirkt beinahe als ein seltenes Ereignis: — so durchdringt von ausgelassenem Spiel und stimmlichem Gollklang ist sie. Alle Beteiligten, in erster Linie die Damen Lori Lear und Phila Wolf, und die Herren Reinhold Bach und Franz Gros, an zweiter Stelle das Orchester und Kapellmeister Pauls haben ihren Anteil daran.

Die zweite Anziehung aber ist der „Meine Guld“ aus. So bezeichnete sich nämlich Thielcher in einer Rede an das Publikum anlässlich seines 40-jährigen Schauspielerjubiläums. „Auch ein Thielcher“ könnten eigentlich die sonst ziemlich wertlosen, obwar zum Lachen reizenden drei Akte „Ludwig XIV.“ von Paul Franz und Julius Wilhelm heißen. Nicht der französische „Schauspieler“ tritt hier auf, wohl aber Thielcher als Pabstfänger Zwißelbisch. Vom zweiten Akt an figuriert er als gemieteter Gast in der Wäse eines Geaten. In dem Moment jedoch, wo ihn der Gastgeber und Schwiegervater in spe vor allen Anwesenden entlarven will, aboptiert ihn der richtig geübte Graf gleichen Namens. Verlobung, Schluß. Natürlich hat Thielcher die Wäse für sich, sobald er die Frechdächigkeit seines Pabstfängers durch Wort, Gebärde und Spiel zu erdärten beginnt. Die Proseß-Komik ist und bleibt seine Domäne. Des „bunnen Zufall“ Geste, schlechthin das „aus dem Ausstopf-kommen“ kann ihm schwerlich ein anderer Berliner Komiker nachmachen.

Alte Kunst als Kapitalanlage.

Einige der besten deutschen Privatsammlungen von alter Kunst sind während des Krieges zur Versteigerung gekommen. Erben scheinen keine wichtigere Aufgabe zu kennen, als den überkommenen Kunstbesitz, worin sich meistens allein Bedeutung und Persönlichkeit der Sammler erweist, unter den Hammer zu bringen. Da keiner

dieser Sammler testamentarisch die Erhaltung seiner Sammlung bestimmte (von einer Stiftung zu öffentlichen Zwecken gar nicht zu reden), muß man annehmen, daß auch sie ihre Sammlungen als Unternehmen, als Kapitalanlage betrachteten. Weiterwerke alter Kunst, Höhepunkte kultureller Leistungen früherer Epochen wandern so weiter von Hand zu Hand, an den Reichstenden. Jeder, der sie kauft, kann sie ruinieren, veräußern, ins Ausland verschleppen, oder sie andern, um Titel und Orden dafür einzuhandeln. Im günstigsten Fall kommen sie an einen sog. Kenner, der seiner Privatwohnung damit Glanz verleiht. Das Feinste, was Völler und Zettler hervordringen, ist gerade recht, Gegenstand der Spekulation oder des privaten Erkögens einzelner zu sein. Nicht einmal das Anrecht des Verkaufens hat die übrige Menschheit daran. Das Geld und der Unflug dieses Zustandes hat bei der Versteigerung Kaufmann auch in nicht-sozialistischen Kreisen Bedenken erregt, als wieder einmal die Gefahr sich aufdrängte, diese hochverehrten Werke, entweder Erzeugnisse nationaler oder verwandter Kulturen könnten ins Ausland abwandern. Daß durch den Privatbesitz solche Quellen der Kultur dauernd ihrer befruchtenden Aufgabe entzogen werden, daran nahmen aber auch die „nationalen“ Kritiker keinen Anstoß. Rembrandt und Rubens, Dürer oder Holbein haben offenbar gehoffet, an dem Endweck, daß einige Kommernien- und sonstigen Mäze zuweilen ihre Werke erwerben und dann nach 20-30 Jahren mit gelobtem Gewinn weiterveräußern. Wir dagegen meinen: wenn irgend etwas, so sind große Kunstwerke zum Monopoleffekt bestimmt, sie können ihre weiterzeugende Kraft nur entfalten und laubendfülligen Genuss nur spenden im Eigentum des Staates. Wir verlangen daher die Inventarisierung aller solcher Kunstwerke und Ueberführung in die öffentlichen Sammlungen. Damit ist dann auch der sicherste Schutz gegen die Abwanderung in das verfluchte Ausland verbündet.

Diese für einen jeden wahren Kulturpolitiker selbstverständlichen Gedanken werden bei jeder dieser Auktionen erregenden Versteigerung neu geweckt. Der Zertrümmerung der Sammlung Kaufmann ist die des Herrn v. Oppenheim (aus Köln) gefolgt. Sie war von prächtiger Erlesenheit, lauter gute Stücke holländisch-bländischer Malerei, darunter einige Perlen, die kaum ihresgleichen haben. Einige Stunden genügt, um die gellige Tat, die schließlich in ihrem Zusammenbringen lag, zu vernichten und das Chaos, das die Sammler zu organisieren begannen, von neuem anzufangen zu lassen. Die Herren können mit dem Resultat zufrieden sein: der mächtige große Saal voll Bilder brachte 1/2 Millionen Mark. Sie können sich Daimleraktien dafür kaufen oder sonstige Volkbeglückung damit treiben. Die Sammler und Händler gehen mit ihrer Beute ab und wundern sich, daß sie noch so billig dazu gekommen sind. Das berühmteste Bild, die lebendige und forbenprachtige Darstellung eines Soldatmiedeladens aus dem 16. Jahrhundert von Petrus Coribus kostete 800 000 Mark. Etwa eine lokale Steigerung im Verhältnis zu den Breiten, die das Bild früher erzielte hat. Aber was hat heute 800 000 Mark? Der herrliche Terborch, „Jehendes Paar“, kostete 175 000 Mark, de Hoock's Triumphlied auf das Schimmern des Lichts (Natter mit dem Kind) 450 000 Mark, Hobbemas Stimmungslandschaften zwischen 150 000 und 170 000 Mark und schließlich Rembrandts entzündender Studentkopf 198 000 Mark. Ein Bild, das in der Kulturgeschichte der menschlichen Arbeit eine Rolle spielen sollte, von der Herrs Schmeiß, ein Verkäufer von Menzels Holzwerk, brachte nur 85 000 Mark.

Die Ungeheuerlichkeit der Kriegsergebnisse läßt uns diese Summe kein erschauern und doch schlagen sie die früheren bei weitem. Aber wie groß sind sie angelegt in unproduktivem Luxus und verleiht erst in Jahrzehnten neu realisiert — im Verhältnis zum Durchschnittslohn eines Durchschnittsdeutschen, der nicht einmal den Trost hat, diese berühmten Kunstwerke je vor die Augen zu bekommen!

Notizen.

— Musikchronik. In der Georgenkirche findet am Mittwoch 8 Uhr ein Konzert zur Feier des Friedensschlusses im Osten statt.

— Der Gipfel der Schauspielkunst. Auf einem Pariser Kinopalast liest man die folgende Ankündigung: „Richard Löwenherz, Großer, abenteuerlicher Sensationsfilm — dargestellt durch den Biffen Konjul und seine Gattin.“

— Eine zweite Rändung des Rhein-Herne-Kanals in den Rhein wird nach dem „Prometheus“ projektiert. Der Vertrag auf dem 1914 eröffneten Rhein-Herne-Kanal hat alle Erwartungen übertraffen: 1916 wurden auf ihm 2,7 Millionen Tonnen Güter befördert, abgesehen von dem Durchgangsverkehr zur Elbe. Die neue Schleuse wird die größte Binnenwasserbau Deutschlands sein. Der Bau wird über 13 Millionen Mark kosten. Als Bauzeit werden fünf Jahre angesetzt.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Siebig.

Hedwig Bertholdi hatte ein paar schlaflose Nächte. Wenn sie denken sollte, daß Emilie sterben müßte! Noch immer laute die Nachrichten nicht gut. War es nicht seltsam, wie rasch sich jetzt Ansichten änderten, wie man sich selber änderte? Man brach plötzlich mit allem Hergebrachten. Draußen ging eine Welt in Trümmer, hier drinnen auch — als müßte alles neu werden.

Wie betäubt ging Hedwig Bertholdi heute zum Krankenhaus. Emilie hatte so sehr bitten lassen.

Eben war ein Brief von Heinz gekommen; er schrieb nichts davon, aber in der Zeitung hatte sie heute morgen gelesen, und mit einem Erschrecken hatte sie's gelesen, daß ihr das Blut in die Wangen trieb: Leutnant Bertholdi das sechste und siebente Flugzeug abgeschossen!

Oh Heinz, Heinz! Die Mutter streckte die Hände aus, sie hätte ihn halten mögen, herabziehen von der schwinbelnden Bahn; zu Alt Ross! war sie gleich hinübergeekelt — auch die hatte es gelesen. Aber sie begrüßte die Mutter mit einem so strahlenden Ausdruck von Stolz und Freude, daß Hedwig sich nichts von Kleinmut zu sagen getraute.

Es war ein weiter Weg, den Hedwig zum Krankenhaus zu machen hatte. Aus den Feldern rechts und links der Chaussee stieg ein verwelktes Dufsten auf. Es war ihr wie ein Herz: ihr Heinz, ihr Heinz! An ihn mußte sie immerfort denken. Und dazwischen auch an die Emilie: wie würde sie die finden? Ihre Gedanken wirrten hin und her. Oh, wie man immer aus einem ins andere gerissen wurde! Man konnte nicht eines zu Ende denken. Aber es war gut so; sonst müßte man ja verzagen in solcher Zeit!

Frau Bertholdi fühlte eine leise Verlegenheit: wie sollte sie dem Mädchen gegenüber treten, durfte sie denn so zeigen, wie wenig hart sie den Festtritt beurteilte? Ein paar ernste Worte würde sie doch sprechen müssen; nicht streng, aber ernst.

Emilie selber half ihr über das erste Wiedersehen weg. Sie war noch unendlich elend. Hätte Frau Bertholdi nicht gewußt, daß ist die Emilie, sie hätte sie nicht erkannt. Wie ein altes, abgehärmtes Frauchen lag die junge Person

in den Äffen, dunkle, verwirrte Haare, die man noch nicht hatte kämmen dürfen, um ein spitzgewordenes Gesichtchen; zu schwach noch, um sich aufzurichten, zu schwach noch, um zu sprechen.

„Dabei geht's heute schon ganz famos, nun sind wir über den Berg,“ sagte die pflegende Schwester.

Seltfam ergriffen beugte sich Hedwig Bertholdi über das Bett: „Wie geht's, Emilie?“

Die schweren Lider hoben sich von den matten Augen. Das Mädchen machte einen Versuch, sich aufzurichten; es gelang nicht; so zeigte es nur mit den Widen nach der Seite des Bettes. Da lag in dem verhängten Waskorb das Kind. „Ein Junge,“ sagte Emilie schwach. Und dann lächelte sie.

Frau Bertholdi besah sich das Kind, es schlief; die Schwester ging weg auf gehen. Sie setzte sich neben das Bett. „Sie haben mich gern sehen wollen, Emilie, ich bin gern gekommen — was haben Sie denn für einen Wunsch?“ Frau Bertholdi sprach ganz mild, es schien ihr plötzlich unmöglich etwas zu sagen, was an Vorwurf grenzte. Wie sah die arme Emilie aus! Sie mußte unendlich gelitten haben.

Hedwig merkte ihr eine Unruhe an. „Was ist denn, Emilie?“ Die wollte gewiß, daß es ihrem Vater beigebracht wurde, hatte Angst davor. „Soll ich es Ihrem Vater schreiben?“

Emilie lächelte. „Sie haben wohl Sorge deswegen?“

Emilie schüttelte verneinend. „An Ihren Bräutigam schreiben, nicht wahr?“

Emilie nickte, sie lächelte stärker. „Aber da war noch immer etwas, was sie beunruhigte. Die Scham war es wohl, die das Mädchen bedrückte. Die nachgelagte Hand suchte tastend auf der Bettdecke. „Emilie, was ist denn?“ Da fühlte Hedwig Bertholdi ihre Hand von der eiskalten der Schwachen umklammert, sie empfand einen leisen Druck.

„Hab Ihnen — viel Last — gemacht — danke — gnädige Fr —“ Die müde Junge stolperte über das „Gnädige Frau“, das wollte nicht heraus.

Unwillkürlich beugte sich Hedwig näher, dieser Dank rührte sie. Was hatte sie denn groß für das Mädchen

getan? Lieber Gott, wenig genug. Wie wenig Güte braucht man doch eigentlich nur zu sein, um Dank zu ernten! Sie strich dem Mädchen das von der Anstrengung feucht gewordene Haar aus der Stirn.

„Gnäd — ge —!“

„Nun, was denn, mein Kind?“

Des Mädchens Wände schwammen. Hedwig Bertholdi las aus diesen matten Augen manches heraus: Bitte, Flehen und zugleich etwas wie Mutterstolz. Daß war ja auch eine Mutter — Hedwig wurde weich — eine Mutter, wie sie selber eine war, wie tausend andre waren — eine, die litt — eine, die hoffte — eine, die bangte — eine, die stolz war! Und hier war auch ein Kind, ein Sohn, wiederum ein neues Blatt am Baum des Vaterlandes!

Sie trat zu dem Korb, betrachtete das kleine Gesichtchen und nickte wehmütig: möchte dieser kleine Sohn einst genießen, was die großen Söhne jetzt erkämpfen, und nur im Frieden seinen Stein herzutragen zum Bau des neuen, des glücklicheren Deutschlands! Ach ja — im Frieden! In der Hoffnung gesegneten Friedens durchslutete es sie ganz warm. Lächelnd trat sie vom Korbchen des Kindes ans Bett der Mutter.

Emilie lag still, die Hände ineinander gefaltet. Nun suchten ihre Augen die der Herrin; ihre Wände tauchten ineinander. Langsam fingen ein paar Thränen an, dem Mädchen zu rinnen.

„Ruh nicht weinen, mein Kind,“ sagte Hedwig Bertholdi; es war ihr gar nicht verwunderlich, daß sie „du“ zu Emilie sagte, sie bemerkte es selber nicht. „Ruh nicht weinen, es wird alles gut!“

„Alles gut,“ flammelte die Kranke nach. Und dann suchte sie, nach der Hand der Herrin zu greifen: „Gnäd — ge gnäd — ge Fr —!“ Mehr brachte sie nicht heraus.

Wollte die bitten? Wollte die danken? Hedwig neigte sich näher und näher. In einem Impuls der Mütterlichkeit, einer Mütterlichkeit, die alle umfängt — waren sie sich denn nicht alle gleich? Mutter, nur Mutter! — und hingerissen von einem Gefühl, das alle Schranken umstößt, die die Welt aufrichtet, ganz hingegenommen von der starken Empfindung, gemischt aus Mitleid, Nahrung und Menschenliebe, sagte sie: „Daß jetzt das „gnädige Frau.“ Und lächelte die Woge. (Fortf. folgt.)

Der Eindruck der holländischen Antwort.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet am Montag: Heute mittag wurde hier auf der Börse allmählich bekannt, daß unsere Regierung die Uebereinkunft mit England und Amerika angenommen hat. Die Rotterdammer Reeder haben es für so gut wie zweifellos gehalten, daß die Niederlande die gestellten Bedingungen nicht annehmen würden, da es jetzt doch gesehen ist, ist dadurch für ihre materiellen Interessen besser gesorgt, als wenn die Alliierten unsere Schiffe ohne weiteres in Beschlag genommen hätten. Allerdings glaubt niemand, daß England und Amerika insande sein werden, torpedierte niederländische Schiffe zu erlösen, aber man rechnet jetzt in jedem Falle auf entsprechende Geldentschädigung, der die Reeder aber begreiflicherweise nicht zu viel Wert beimessen, weil es fürs erste wohl nicht möglich sein wird, dafür neue Schiffe bauen zu lassen. Das alles hindert aber nicht, daß auch in den Kreisen der Reeder Zustimmung über die getroffene Entscheidung herrscht, die allgemein als eine Erniedrigung und als ein nicht gut begrifflicher Entschluß empfunden wird. Deshalb wünscht man auch die Mitteilung der Regierung abzuwarten. Uebrigens herrscht in diesen Kreisen Unruhe über das Schicksal der niederländischen Besatzungen der in Amerika liegenden Schiffe, die vermuthlich in schwierige Verhältnisse geraten werden und von denen sich eine Anzahl vielleicht weigern wird, auf bewaffneten Schiffen in das Sperrgebiet zu fahren.

Westen wurde aus Amsterdam gemeldet: Dem „N. N. C.“ zufolge ist der Regierungsbeschluss in jeder Hinsicht ein Fehler. Durch die Kapitulation dieses Raumes des Plages vor dem „Amsterdamer Geist“ hat die Regierung zweifellos die nationalen Gefühle eines großen Theiles der holländischen Nation tief verletzt. Niemand hat auch nur ahnen können, daß die Regierung nachgeben würde. Man hatte sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß große Not, ja Hunger kommen würde. Alles in allem sei gestern ein schwarzer Tag in Hollands Geschichte gewesen. Es hätte anders sein können. Das Brot, das wir nun essen werden, wird einen bitteren Beigeschmack haben.

Aus Washington meldet Reuters von gestern: Die Erörterungen über die Verwendung der holländischen Schiffe durch freiwillige Uebereinkunft oder auf dem Wege der Requisition dauern fort, während die Regierung die holländische Antwort abwartet. Die Wegnahme ist jedoch aufgeschoben, bis die Antwort hier eingegangen ist, was nicht vor Dienstag der Fall sein wird.

Alliiertenkonferenz in London.

London, 19. März. (Reuters.) Amlich. Zusammenkünfte des Obersten Kriegsrates sowie wichtige politische Besprechungen unter dem Vorsitz des Premierministers wurden abgehalten, die letzteren in London am 14., 15. und 16. Sie fanden im Beisein der Premierminister von England, Frankreich und Italien und in Gegenwart anderer Minister nebst ihren militärischen und sonstigen Sachverständigen statt.

Das englische Auswärtige Amt veröffentlicht eine Rundgebung, die als ein Ergebnis der neuesten Ministerkonferenz der Alliierten zu betrachten ist, denn sie beginnt mit dem Satz: „Die Premierminister und die auswärtigen Minister der Entente, die in London versammelt waren, halten es für ihre Pflicht, von dem politischen Verbrechen, das unter dem Namen eines deutschen Friedens gegen das russische Volk begangen worden ist, Kenntnis zu nehmen.“

Die Rundgebung spricht von dem „wechsellösenden“ und seiner „Leichtgläubigkeit“, erwartet zu haben, auf dem Wege der Uebereinkunft den „demokratischen Frieden“ erhalten zu können, und sagt von Deutschland, daß es „in keiner Periode in der Geschichte seiner Eroberungen, nicht als es Schesien überrannte, nicht als es Polen teilte, sich mit solchem Egoismus als Verhörer der nationalen Unabhängigkeit, als unerbittlichen Feind der Menschenrechte und der Würde der zivilisierten Nationen gezeigt“ habe wie jetzt. Auf Polen und Rumänien wird verwiesen. „Mit Recht wird der Friede laut verkündet, aber unter dem dünnen Mantel der Worte lauert die brutale Wirklichkeit des Krieges, die ungemilderte Herrschaft der geschlossenen Gewalt.“

Abdankung heißt es: „Friedensverträge wie diese werden und können wir nicht anerkennen.“ Und daran schließt sich ein Lobgesang auf die Kriegsziele der Alliierten, die von den Deutschen sehr verschieden seien: „Wir können und werden weiter kämpfen, um ein für alle Mal dieser Politik des Plünderens ein Ende zu machen und an ihre Stelle die friedliche Herrschaft der organisierten Gerechtigkeit zu setzen.“ Schließlich folgt das übliche Wort des Vertrauens auf die Leistungsfähigkeit der alliierten Seere.

Daß die Alliierten die Gelegenheit wahrnehmen, aus dem deutschen Unfrieden für sich Kapital zu schlagen, ist selbstverständlich. Die Gelegenheit ist ja so günstig, die Aufmerksamkeit ihrer Völker von ihrer eigenen Gewaltspolitik, die gerade jetzt neue Blüten treibt, abzulenken.

Bemerkenswert ist an der Rundgebung, daß sie ihre Angriffe nur gegen Deutschland, nicht gegen die übrigen Vierbündnisstaaten richtet.

Der Moskauer Sowjetkongress.

Von den Vorgängen auf dem Sowjetkongress, die dem Beschluß der Ratifikation des Friedensvertrages vorhergingen, erzählt „Daily News“ aus Moskau vom 13., daß auf dem Sowjetkongress 1034 Abgeordnete vertreten waren, und zwar 737 Bolschewiki und 298 Sozialrevolutionäre. Swerdlow verlas die Begrüßungsgramme, unter anderem die Botschaft Wilsons. Tschitscherin berichtete über die Friedensbedingungen; danach hielt Lenin, der mit einer Ovation empfangen wurde, die bewies, wie wenig seine Stellung erschüttert ist, eine lange Rede, in der er seine Auffassung über Russlands Bedürfnisse auseinandersetzte, damit es für den endgültigen Kampf zu Aitem kommen könne. Nach der Rede von Lenin wurde die Verammlung verlag.

Petersburg, 16. März. (Reuters.) Das Probraskensische Garderegiment in Petersburg und Moskau wurde entwaffnet und ebenso alle übrigen Truppen der Petersburger Garnison, welche die Einderleibung in die rote Armee verweigerten.

Thronrede in Spanien.

Der Erlaß der Militärreformen.

Die Ministerkrise ist beigelegt worden. Die Frage der Militärreformen, mit der die Krise zusammenhing, ist schließlich auf dem Erlaß-Wege zur Erledigung gelangt, und die Minister erklärten ausdrücklich in einer Note, daß sie im Amte bleiben werden. Am Montag verlas der König in den vorübergehend zusammengetretenen Kammern die Thronrede.

Die Thronrede, die die guten Beziehungen zu allen Staaten hervorhebt, erklärt, daß Spanien in offener Uebereinstimmung mit dem Wunsche des Landes an der Neutralitätspolitik festzuhalten entschlossen sei. Wenn sie aber auch dem Beispiel der friedlichen Nationen folge, so sei die Regierung doch aufmerksam bedacht, die Streitkräfte zu Wasser und zu Lande zu verstärken. Das Kabinett werde dem Parlament eine Vorlage zur Amnestie für alle politischen und sozialen Vergehen unterbreiten. Es werde ferner dem Parlament ein Entwurf zugehen über geeignete Maßnahmen zur Verbesserung des Eisenbahnnetzes durch den Bau neuer Linien zur Steigerung der Kohlenförderung, zur Erhaltung der Wälder, zur Hebung der Landwirtschaft und zur Vorbereitung der Häfen und der Schifffahrt auf die starke Entwicklung des Ueberseehandels. Die wirtschaftlichen und finanziellen Mittel sollten durch Anleihen beschaffen werden, um die Abwanderung von Kapital und Arbeit ins Ausland zu verhindern.

Die Presse der Rechten zeigt sich sehr befriedigt über den Erlaß der Militärreformen, der als ein Erfolg des Kriegsministers gebucht wird und dem sich auch der Marineminister Simans angeschlossen. Die Gegenseite äußert ärgerliche Bedenken, daß die Reformen nicht dem Parlament vorgelegt worden sind. Die Politik des Grafen Romanones ist in diesem Punkte unterlegen. Nur die Rechte werden von den Cortes eingefordert. Abdann soll der Erlaß in ein Gesetz umgewandelt werden. Durch die Reformen soll das Heer insgesamt um 65 000 Mann vermehrt werden. Das Dekret sieht ferner Solberhöhungen vor. Die Reformen bedingen eine Mehrausgabe von 200 Millionen Pesetas.

In den Kammern erklärte Ministerpräsident Garcia Prieto, die Regierung sei willens, die Ordnung im Lande wiederherzustellen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 18. März. Im Sperrgebiet um England vernichteten unsere Unterseeboote 19 000 Br.-Reg.-Tz. feindlichen Handelsschiffes.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Abgeordnetenhaus.

Eine Galgenfrist.

Die Legislaturperiode des preussischen Landtags, die eigentlich Mitte Juni ihr Ende erreicht, soll durch den von uns bereits wiedergegebenen Gesetzesentwurf, der am Dienstag in erster und zweiter Lesung vom Abgeordnetenhaus beraten ist, um ein Jahr verlängert werden. Da an der Annahme des Gesetzes nicht zu zweifeln ist, wird das preussische Volk sich also noch ein weiteres Jahr mit dem „elendesten aller Wahlsysteme“ abfinden müssen. Sachlich kann man es verstehen, daß die Regierung zu einer Zeit, wo etwa die Hälfte der Wähler unter den Fahnen steht, nicht gern zu Neuwahlen schreiten will, noch dazu unter einem Wahlrecht, das der edlen Kunst der Kriegsgewinnler hundertmal so viel Einfluß einräumt als denen, die Gut und Blut dem Vaterlande geopfert haben. Ebenso kann man es der Regierung nachsagen, daß sie die bisherigen Arbeiten der Wahlrechtskommission trotz ihres unbefriedigenden Ergebnisses nicht kurzer Hand in dem Papierkorb verschwinden lassen will, solange noch Aussicht auf Annahme ihrer Vorlage vorhanden ist. Aber, sei dem wie ihm wolle, die Tage des Massenparlamentes sind gezählt: entweder der Landtag verzieht sich zur Einführung des gleichen Wahlrechts, und dann wird das neue Abgeordnetenhaus wesentlich anders aussehen als das heutige, oder aber er lehnt das gleiche Wahlrecht ab, und dann erfolgen, wie aus der neuesten Kundgebung des Ministers Drews hervorgeht, auch noch im Kriege Neuwahlen. Die Erbitterung des Volkes wird dann aber so groß sein, daß dem Dreiklassenwahlsystem zum Trost die heutige wahlrechtsfeindliche Mehrheit hinweggefegt und durch eine wahlrechtsfreundliche ersetzt wird.

Den Rest der Sitzung bildete eine Kanaldebatte, die insofern charakteristisch ist, als sie beweist, daß den früheren Kanalgegnern allmählich das Fehlerhafte ihrer Politik zu dämmern beginnt: sie setzen ein, wie ungeheuer sie das Land durch die Ablehnung des Mittellandkanals geschädigt haben, und geloben Besserung. Allein die Reue kommt zu spät. Vor der Beratung der kommenden Kanalvorlage, die dem Vortage laut Beschluß des Hauses zugehen soll, werden diejenigen Parteien, die ein so frevelhaftes Spiel mit den Interessen des Landes gespielt haben, ausgeschaltet oder doch ihr Einfluß wird so gering sein, daß man über sie zur Tagesordnung übergehen kann.

Die neuen Steuern.

Die Regierung hat sich klüglich bemüht, über die neuen Steuern Schweigen zu bewahren, bis der größte Teil der Zeichnungen auf die 8. Kriegsanleihe unter Dach ist. Die Absicht kann aber schon heute als mißlungen betrachtet werden, da einmal die Sensationslust der Presse sich immer wieder des Themas bemächtigt, wie der Fehlbetrag von rund 2,9 Milliarden Mark zu decken sei, und da zweitens die Baissiers der Börse allen Anlaß haben, das Publikum mit übertriebenen Gerüchten zu Angsterläufen zu ermuntern. Noch schlimmer ist es, daß die Vertrauensleute der Regierung selbst nicht dichthalten, wie aus folgender Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hervorgeht:

„Die Veröffentlichung über die Besteuerung der Kriegsgewinne bei Gesellschaften ist nur möglich geworden durch einen großen Vertrauensbruch einer beteiligten amtlichen Persönlichkeit. Sachlich hat die Mitteilung nur bedingten Wert, da sie aus dem Stadium der Vorberathungen über die neuen Steuerentwürfe herausgerissen worden ist. Ein Beschluß des Bundesrats und damit eine Gewissheit, daß sich das Parlament mit einem solchen Steuervorschlag zu beschäftigen haben wird, liegt jedenfalls noch nicht vor.“

Das weitere Publikum wird durch die erregte Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erst aufmerksam gemacht, daß eine Indiskretion begangen worden ist. Eine andere Meldung einer Korrespondenz, wonach eine Verzehnfachung des Vorkriegsumsatzsteuersatzes von 1/10 pro Tausend auf 3 pro Tausend mit gewissen Erleichterungen für die Spekulation geplant sei, entbehrt aus demselben Grunde der Authentizität.

Daß eine Erhöhung der Vorkriegsumsatzsteuer kommen wird, ist allerdings sehr wahrscheinlich. Wunderbar ist eigentlich nur, daß sie nicht schon längst gekommen ist, da das Vorkriegsgeschäft zeitweise ganz außerordentlich lebhaft war und Verkehr und Warenverkehr schon längst belastet sind.

Das ist um so absonderlicher, als bereits im Mai 1916 die Idee einer kräftigen Erhöhung der Vorkriegsumsatzsteuer aufgetaucht war, die freilich weniger als eine finanzielle Maßnahme denn als Mittel zur Drosselung des Vorkriegsgeschäftes gedacht war. Dieser Zweck dürfte jetzt nicht die Hauptsache sein, sondern es dürfte darauf ankommen, die Wrie gerade so hoch zu besteuern, daß das finanzielle Optimum, das heißt das denkbar beste Exträrgebnis, herauskommt, wobei natürlich auch der Wandel der Konjunktur zu berücksichtigen ist. In Oesterreich ist die Effektenumsatzsteuer eben auf 1/10 pro Tausend erhöht worden. Es ist zu berücksichtigen, daß der Effektenkäufer oder -verkäufer auch die Hälfte des vom Bankier zu versteuernden Schlüsselscheines und sogar manchenmäßig etwas mehr zu bezahlen hat, da die Bank die Effekten häufig in mehreren Posten handelt und daher mehrere Schlüsselscheine ausgestellt werden müssen, für deren jede die Remittentengebühr über den bis zum vollen Tausend nach oben abgerundeten Betrag zu zahlen ist. Gegen die Vorkriegsumsatzsteuer läßt sich natürlich prinzipiell einwenden, daß sie an einen wirtschaftlichen Akt anknüpft, ohne zu prüfen, ob dieser Akt gewinn- oder verlustbringend ist; aber solche Trümpel wiegen angesichts der finanziellen Notlage des Reiches jedenfalls.

Schließlich sei noch folgende Meldung der „Täglichen Rundschau“ angeführt:

Der Verband deutscher Spiritus- und Spirituoseninteressenten erklärt, es sei kaum daran zu zweifeln, daß die Pläne des Reichsfinanzamtes auf Einführung einer Branntweinmonopolvorlage bereits soweit gediehen sind, daß der bundesstaatlichen Regierungen ein ausgearbeiteter Entwurf zur Beratung vorliegt. Der Verband fordert zur Einleitung von Maßnahmen auf.

Da scheint doch Geschäftshuterei das große Wort zu führen. Ein Branntweinmonopol ist allerdings sehr wahrscheinlich; seine Einführung in absehbarer Zeit ist aber aus dem einfachen Grunde unmöglich, weil für den Privatbedarf so gut wie kein Spiritus zur Verfügung steht. Aus diesem Grunde könnte die Einführung des Branntweinmonopols an der augenblicklichen Finanzlage des Reiches so gut wie gar nichts ändern.

Freispruch im Wiederaufnahmeprozess Kieper.

Die Mängel des Wiederaufnahmeverfahrens.

Im Giftmordprozess gegen Frau Kieper ist am Montag das Urteil gesprochen worden. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, worauf Freispruch erfolgte. Der Verteidiger kündigte an, daß er einen Antrag auf Entschädigung für die unschuldig verbrachten sechs Jahre Zuchthaus stellen werde.

Mit diesem Urteil ist eine Frau, die sechs Jahre lang unschuldig mit dem Mord des Gattenmordes behaftet im Zuchthause gefesselt hatte, die die Qualen eines Todesurteils über sich hat ergehen lassen müssen, der Freiheit zurückgegeben worden. Man mag sich über diesen Sieg des Rechts freuen, die Rechtspflege sieht durch ihn keineswegs gerechtfertigt da. Ehe das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet werden konnte, hat es eines schweren Kampfes mit den Gerichten bedurft; wiederholt ist der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt worden, und Frau Kieper hat erst sechs Jahre unschuldig im Zuchthause schmachten müssen, ehe die Stunde ihrer Befreiung schlug. Auch dieser Fall ist wieder geeignet, den Blick auf einen der schwersten Mängel unserer Strafrechtspflege hinzuwerfen, auf die ungeheure Erschwerung der Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen Strafverfahrens.

Letzte Nachrichten.

Erklärung des Ministers London in der holländischen Kammer.

Amsterdam, 19. März. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer legte Minister London eine Erklärung über die Verhandlungen mit den Alliierten ab. Er sagte u. a., daß, wenn er auch noch keinen Bericht über die Aufnahme der holländischen Vorschläge bei den alliierten Regierungen erhalten habe, er Wert darauf lege, zur richtigen Erkenntnis der Sache die Aufmerksamkeit der Kammer auf folgendes zu lenken: Bei den Besprechungen mit den alliierten Regierungen in London wurde als Gegenleistung für die Lieferung von Lebensmittel und Munition verlangt, daß ein bestimmter Teil unseres Schiffsraumes zur Verfügung der alliierten Regierungen gestellt werden solle. Holland hat dabei zum Unterschied von anderen Ländern die Bedingung gestellt, daß die Schiffe nicht in der Sperrzone gebraucht werden sollten. Der Minister erklärte dann weiter, daß die Uebereinkunft nicht in Widerspruch zu Hollands Neutralität stehe. Holland habe aber nicht kräftig genug Partei gegen Amerika genommen und siehe nun deshalb einer eventuellen Verletzung der Neutralität durch Deutschland viel schwächer gegenüber.

Der Führer der aristokratisch-historischen Partei, de Savornin-Lohmann, erklärte, daß er erstaunt sei über die Erklärung der Regierung. Warum gibt die Regierung Rechte des niederländischen Volkes preis, ohne mit den Generalsenaten verhandelt zu haben? Unser Volk ist nicht so entartet, daß es nicht Not und Mangel vorziehen würde, um seine Unabhängigkeit zu retten. Der liberale Unionist Patijn stellte fest: Die Zukunft ist außerordentlich dunkel, aber wir empfinden noch schmerzlicher die Kränkung unseres nationalen Gefühls. Die enttäuschten Proteste unserer Presse geben das Gefühl unseres Volkes wieder. Die Alliierten haben ihr Bestes getan, und den Mittelmächten in die Arme zu treiben. Der gemäßigtere Liberale Kuyper protestierte gegen die Ungerechtigkeiten, die das niederländische Volk ertragen müßte. Der Sozialdemokrat Troelstra sagte, die Erklärung der Regierung habe in weiten Kreisen des Volkes Empörung hervorgerufen.

Die Abstimmung in Moskau.

Haag, 19. März. Die „Times“ meldet aus Petersburg: Aus einer vorläufigen Zählung der Stimmen der Provinzialräte geht hervor, daß sich 109 Räte für das Schließen eines unmittelbaren Friedens zu den Prest-Litowsker Bedingungen und 83 dagegen erklärten. 13 vom Hundert der Bauernräte, 27 vom Hundert der Arbeiterräte und 35 vom Hundert der tschechischen Räte waren gegen einen Frieden um jeden Preis.

England fordert von Russland Schadenersatz.

Haag, 19. März. Auf eine Anfrage im Unterhause erklärte Balfour, daß alle Erlasse der russischen Regierung, welche die ungültige Feiiserklärung der Staatschuld, die Beschlagnahme von Eigentum usw. enthielten als ungültig betrachtet würden, und daß sich die englische Regierung das Recht vorbehalte, von der russischen Regierung Schadenersatz zu fordern.

Gewerkschaftsbewegung

Für die Beibehaltung des § 153 der Gewerbeordnung legt sich die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ neuerdings wieder kräftig ins Zeug. In ihrer Nummer vom 17. März wiederholt der Geschäftsführer der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Längler, seine bereits in der Mitgliederberatung vom 7. März vorgebrachten Einwände gegen den Wegfall des § 153. Daran gewöhnt, daß die Interessen der Unternehmer bisher im weitesten Maße berücksichtigt wurden, kann es der Herr nicht begreifen, wie die Regierung nun mit einmal eine Vorlage in Aussicht stellt, die den Wegfall des § 153 der Gewerbeordnung vorsieht. Für eine solche veränderte Stellungnahme der Regierung könne, so vermutet Herr Dr. Längler, lediglich der Umstand eine Erklärung bieten, daß das Verlangen der Beilegung des § 153 von den freien Gewerkschaften und ihrem Anhang gestellt wird. Das sei außerordentlich zu bedauern, da auf diese Weise die Parteipolitik bestimmend auf die Gesetzgebung einwirke.

Dem Geschäftsführer der Deutschen Arbeitgeberverbände mag es sicher nicht recht sein, wenn die Regierung von der Einsicht geleitet wird, daß die Beilegung des § 153 notwendig ist im Interesse der Ausgestaltung des Koalitionsrechts. Denn bisher ist der § 153 lediglich gegen die Arbeiterklassen angewendet worden, nicht aber gegen das Unternehmertum, das vielmehr gegen die Bestimmungen desselben verstoßt, wie streikende Arbeiter. Das Märchen vom Terrorismus streikender ist zu abgeleert, als daß es bei ernstlichen und einsichtigen Politikern noch verfangen könnte. Für jeden sozial Denkenden ist die Forderung auf Beilegung des § 153 nur ein Akt der Gerechtigkeit. Hat doch Prof. Dujo Orentano bereits vor ein paar Jahrzehnten den deutschen Arbeiter zum Kampf gegen die deutsche Arbeiterklasse aufgefordert, sobald sie aber davon Gebrauch machen, werden sie bestraft.

Von Herrn Dr. Längler können wir, weil er ja der Geschäftsführer der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist, nicht verlangen, daß er das unüberwindliche Recht der Arbeiterklasse, sich menschenwürdige Existenzbedingungen zu erringen, von derselben hohen Warte beurteilt, wie Orentano; was wir aber aus ihm verlangen können, ist, daß er doch endlich einmal aufhören sollte, die sogenannte „wirtschaftsrechtliche Organisation“ als Kronzeugen für die Notwendigkeit der Verschärfung von Strafbestimmungen gegen „Abschreitungen“ streikender Arbeiter aufzurufen.

Beilegung der Lohnstreitigkeiten in der Dresdner Glasindustrie.

Wie kürzlich berichtet, waren in der Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Fr. Siemens in Dresden und Döhlen wegen der Ablehnung einer von der Arbeiterschaft geforderten Lohnhöhung ernste Differenzen ausgebrochen, die im Dresdner Werk der Firma zur Einreichung der Klagen der Arbeiter an den Reichsarbeitsrat führten. Jetzt ist es der Leitung der Dresdner Verwaltungsjohanne des Glasarbeiterverbandes gelungen, durch einen erfolgreichen Vermittlungsversuch Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterverband anzubahnen, die zu einer Einigung führten. Die Lohnforderungen der Arbeiter wurden von der Firma im vollen Umfange anerkannt. Damit waren die Klagen hinwiegend geworden und sie konnten zurückgezogen werden.

Erfolgreiche Lohnbewegung in der Augsburger Metallindustrie.

In den letzten Monaten sind in fast allen größeren Betrieben der Metallindustrie in Augsburg durch die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in direkten Verhandlungen mit den einzelnen Betriebsleitungen sowohl, als auch mit den Vorstandsmitgliedern des Verbandes Bayerischer Metallindustriellen zugunsten der Arbeiter geregelt worden.

Die nun zum Abschluß gelangte Bewegung bringt den Arbeitern neben einer namhaften Lohn- und Verdiensterhöhung auch eine Arbeitszeitverkürzung von 2 1/2 Stunden die Woche bei entsprechendem Lohnausgleich. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt ab 18. März in allen Betrieben 54 Stunden. Ebenfalls wird demnächst der bezahlte Arbeiterurlaub in allen Verbandsfirmen allgemein zur Einführung gelangen.

Die erzielten Erfolge sind in erster Linie der guten Organisation und der Einigkeit der Metallarbeiter zu verdanken. Die Jahreshilfe Augsburg des Metallarbeiterverbandes hat im Jahre 1917 einen Zuwachs von rund 2500 Mitgliedern zu verzeichnen.

Parteinachrichten.

Die Unabhängigen zu ihrer Katastrophe

Raturgemäß muß sich auch die Presse der Unabhängigen mit dem für sie so blamablen Wahlergebnis von Niederbarnim befassen. Die „Bergische Arbeiterstimme“ das ehemalige Organ Dittmanns, findet sogar kräftige Worte, die tausendmal besser klingen, als die jämmerlichen Konventionen des Unabhängigen Zeitungsdieners:

„Unsere Partei hat in Niederbarnim eine bedauerliche Niederlage erlitten. Das zu beschönigen oder mit jabschließenden Gründen erklären zu wollen, wäre töricht. . . Wir haben bisher in allen Kreisen, in denen die Organisationen auf unsere Seite traten, zupiel Vertrauen in die Werbekraft unserer Anschauungen gehabt und die Anstrengungen der Reichsliste, den verlorenen Boden für sich wieder zurückzugewinnen nicht gefördert. Von der Richtigkeit unserer Sache waren wir so überzeugt, daß wir deren Bemühungen als völlig zwecklos und unschädlich betrachteten. Die Wahl in Niederbarnim muß uns von dieser Auffassung endgültig und gründlich befreien. Wir sind uns wohl bewußt, daß wir alles gegen uns haben, aber das kann und darf keine Entschuldigung sein, daß wir die Fägel schleifen lassen. . . Für die einzelnen Genossen darf nicht der Vorstand, oder wie die „Verantwortlichen“ sonst heißen mögen, der Leihhimmel sein. Die künftige Politik wird keine rein und ausschließlich parlamentarische mehr sein, sondern das Volk wird in ganz anderem Maße herangezogen werden als früher. Wir möchten also angesichts unserer Wahlverhältnisse in Niederbarnim stehen und zwar haben an jedem Genossen und jeder Genossin, daß sie den „Verantwortlichen“ stets aufs Neue zeigen. Selbstverständliche Voraussetzung ist aber, daß unsere „unverantwortlichen“ Genossen ihren „verantwortlichen“ als leuchtendes Beispiel vorangehen und keineswegs sagen, wenn sie gebraucht werden, sie hätten keine Zeit. Es ist ja glücklicherweise so weit gekommen, daß Parteiveranstaltungen hinter Gefangeneinschlüssen zurückstehen müssen. Das Singen ist gewiß eine hübsche und angenehme Sache, doch die Erlebung von Vereinigungsmöglichkeiten ist notwendig und nützlich. Greifen wir also nicht um Niederbarnim und lassen wir den Mut nicht sinken. Nicht unsere Sache sich und den Kreis verlieren, nicht die Würdigkeit der Anhänger, nicht die Methoden des Gegners haben wir uns entzogen, sondern wir haben ihn nicht fest genug gehalten. Das ist traurig, ist zum Weinen, aber wir wollen lieber nicht weinen, sondern die Sache besser machen.“

Ein vollständiges Zeugnis, daß die brave Unabhängigen in dem Geraunge einiger Zahlende die Stimme des Volkes zu hören glauben, während die durch den Kreis dominierten Organisationen leider häufig den Zusammenhang mit der „Masse“, wie sie wirklich lebt, denkt und fühlt, verloren haben. Von besonderem Wert ist, daß die „Bergische Arbeiterstimme“ die Verurteilung auf die widrigen Umstände als Entschuldigung und ausschließliche Begründung für die Wahlverhältnisse als faulen Hauber hingestellt und damit den Unabhängigen Zeitungsdiener und die „Leipziger Volkszeitung“ aufs empfindlichste bloßstellt. Erwähnt sei zum Schluß nur, daß sich die „Erfurter Tribüne“ — sie lebt auch noch — ein kleine Verbredung leistet. Das Blatt schreibt: „Zu bemerken ist, daß Wisell schon mehr denn ein Jahr Redakteur des „Vorwärts“ und nicht mehr Arbeitersekretär ist. Aber auch das war so ein Mittelglied, indifferenten Arbeiter für die reformsozialistische Kandidatur Wisell einzufangen! Die Wahrheit ist, daß Wisell im Hauptberuf Arbeitersekretär ist und darüber mit noch einem Genossen am sozialpolitischen Teil des „Vorwärts“ mitwirkte.“

Die „Reußische Volkszeitung“ als Jubiläum.

Die „Reußische Volkszeitung“ in Greiz feiert das Jubiläum des 25jährigen Bestandes. Sie erschien erstmals am 18. März 1893, damals nur dreimal in der Woche. Seit Juli 1900 ist sie Tagblatt und hat sich ständig aufwärts entwickelt. Mit Stolz kann sie sich darauf berufen, daß sie ihren mehrfachen Kampf für das Proletariat mit über 20 Monaten Gefängnis und 7000 M. Geldstrafen und Prozessen bezahlte.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die A.G. für chemische Produkte vorm. O. Schreibmandel in Berlin hielt Sonnabend ihre Generalversammlung ab, in welcher durch 60 Aktionäre 8.037.000 M. Aktien vertreten waren. Der Vorsitzende, Geh. Justizrat Maximilian Kempner, dementierte die Gerüchte, wonach die Gesellschaft Wucher getrieben und die Gesellschaft, als ein maßgebendes Unternehmen ihres Zweiges, in der in Betracht kommenden Kriegs-Gesellschaft Maßnahmen zu eigenen Gunsten gefördert oder veranlaßt habe. Alle Maßnahmen im Ansehen derartiger Betriebe seien gleichmäßig für

alle Kreise dieses Gewerbes getroffen worden, ohne Bevorzugung oder Benachteiligung eines Unternehmens. Auch die Behauptung, daß im Reichstag eine Interpellation hinsichtlich der Gesellschaft zu erwarten sei, treffe nicht zu, wie der Verwaltungsdirektor verschiedener Parteien erklärt hätten.

Es entspann sich noch eine lange Erörterung über die Gerüchte wegen angeblichen Bewußtseins durch die Gesellschaft; dies stellte jedoch die Verwaltung nochmals energisch in Abrede. Ein Aktionär wünschte noch Aufschluß über den Umfang der Kriegsrücklagen, welche in der Bilanz unter den Forderungen der Gläubiger verzeichnet seien; die Versammlung lehnte aber die Beantwortung dieser Frage ab. Der Aktionär gab hiergegen Widerspruch zur Niederschrift des Protokolls. Generaldirektor Salomon wandte sich nun noch ausführlich gegen die Behauptung, daß die Gesellschaft Monopolbestrebungen hege; sie wünsche kein Monopol und stehe mit den Lieferanten und den Verarbeitern des Geschäftszweiges in gutem Einvernehmen.

Einmütig wurde sodann der Jahresabschluss genehmigt und die Dividende auf 20 Proz., ferner eine Sondervergütung, wie von der Verwaltung beantragt, auf 10 Proz. festgesetzt. Einmütig wurde dieser auch Entlastung erteilt. (Somit werden 30 Proz. ausgeschüttet, gegen 12 Proz. im Vorjahr; davor 6 Proz.)

Der Einkauf in Russland.

Die Handelsvereinigung für Getreide, Futtermittel und Samen G. m. b. H. in Berlin ist von mehreren Reichsstellen unter Beteiligung des deutschen Handels mit einem Gesellschaftskapital von 600.000 M. ins Leben gerufen worden. Sie bezweckt die Einfuhr der in der Ukraine und in Rußland für die Ausfuhr zur Verfügung stehenden Mengen an Getreide, Futtermitteln, Samen und Sämereien. Die Geldmittel für diese großzügige Aktion sollen von dem deutschen Getreide- und Futtermittelhandel in Form eines Syndikats aufgebracht werden.

Keine Preisänderung für oberdeutsche Kohle. In der Sitzung der Oberdeutschen Kohlenkonvention wurde eine Preisänderung nicht vorgenommen. — Offenbar weil man sich vorher versichert hatte, daß der preussische Handelsminister seine Zustimmung verweigern würde.

Kriegsanleihe und Prozentpatriotismus. Die „Reußische Zeitung“ schreibt: „Erfahrungsgemäß ist nur vereinzelt der Ansicht Ausdruck worden, daß die Ausschüttung des Falles Daimler für den Erfolg der Anleihe unliebsame Folgen haben könnte, und es ist sogar behauptet worden, daß aus Anlaß der Ausschüttung dieses Falles Private ihre Baranmeldungen auf die Anleihe zurückgezogen hätten. Wir müssen gestehen, daß, wenn dies tatsächlich der Fall sein sollte, wir die Gedankengänge dieser Leute nicht verstehen können.“

Berichtszeitung.

Größtmittens „Sparbüchse“ und Kriegers Fliegerträume. Daß es immer noch Leute gibt, welche sich die merkwürdigsten Verstecke für ihre Ersparnisse ausdenken, zeigte eine Verhandlung, welche das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Wegen Anklage zum Diebstahl und Hehlerei war die Arbeiterin Gertrud Borchert angeklagt. Am 7. Juli u. J. feierte die in der Wälderstraße wohnhafte Frau J. ihren fünfzigsten Geburtstag. Während ihre verheirateten Töchter einträglich bei Ersparnisse und Kriegsgeldern beisammen saßen, spielten ihre Enkelkinder auf dem Fußboden umher. Plötzlich entdeckte ein dreijähriger Knirps unter einem Tisch einen von unten angelegten Luchappen, aus dem so komisch aussehende „blaue Silberchen“ herauslugten. Er machte sofort dem achtjährigen Fritz J. von seiner Entdeckung Mitteilung und dieser konstatierte mit der Würde des Älteren, daß es sich um Geld handele. Er zog einen Hundertmarktschein hervor und zeigte ihn am Abend der jetzigen Angeklagten, der Freundin seiner Mutter. Die erkannte sofort, daß die Kinder zufällig Großmutterns heimliche Sparbüchse entdeckt hatten und überredete den kleinen Fritz noch mehr Geld zu holen und auf einen Platz an der Seumestraße zu vergraben. Krieger tat dies umso lieber, als ihm versprochen wurde, daß nun seine Fliegerträume endlich in Erfüllung gehen würden, denn er wollte doch so gerne ein Flugzeugmodell haben. Auf diese Weise büßte Frau J. den Rest ihrer Ersparnisse von 700 M. ein. Eine erheblich größere Summe hatte sie bei dem Zusammenbruch der Lichtenberger Bank verloren und aus diesem Grunde hatte sie sich jene heimliche Sparbüchse angelegt. Für die Angeklagte lief die Sache sehr böse aus, denn das Schöffengericht verurteilte sie zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Wilhelmsch, Reuß, & Co., für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Schuldruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Preis 1 Pfennig und Unterhaltungsbeitrag.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Macht der Finsternis.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Die Koralle.
Volkshühne.
Theater am Bülowplatz.
Untergrund, Seböh. Tor.
8 Uhr: Hanses Himmelfahrt.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Eine Waise.

WINTERGARTEN
Gastspiel:
Frieda Hess
Solotänzerin
Jan Trojanowski
Hofballtänzermeister vom
Ballett des
Kgl. Hoftheaters Dresden
sowie der große
März-Varieté-Spielplan.

Zirkus A. Schumann
Bhf. Friedrichstr. Anf. 7 1/2
31. März unwider-
rufflich letzte Vor-
stellungen
Das große Sportprogramm
u. a. Tilly Gede
dresdener Eisbären.
Entwicklungs-Szene
In der Luft Fri. Zoo,
u. die übrige Kunstkräfte.
Orig. Ausst.-
Pantomime.
Mexiko.

Theater für Mittwoch, 20. März.
Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Liebesketten.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Nante.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof

Metropol-Theater
3 1/2 Uhr: Fahrende Musikanten.
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassent. Nd. 291
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

NATIONAL-THEATER. 7 1/2
Größter Lacherfolg! Die ist richtig!
Sonntag 3 1/2 Uhr: Studentenleben.
Feiertage: Die ist richtig! Vorverk. ab heute

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 92 Zimmerstraße 90/91.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Franz von Bloch.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
An allen **Nachmittags-Konzert** u. voller Orchesterbesetzung.
Wochentagen

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Sbd. 3 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.

Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Der Revisor.

Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Die Ehre.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.

Theater am Nollendorfplatz
3 1/2 Uhr: Kolberg.
7 Uhr:
Veni velle Dispartibus

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Ludwig XIV.
mit Guido Thielscher.
Vorh.: Der Regimentszauberer.
3 1/2 Uhr: Am Goldenen Horn.

Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 148
Eröffnung
Freitag, den 22. März

Dir. O. Meißner — R. Bornauer.
Theater Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: Erdgeist.

Komödienhaus
8 Uhr: Die beiden Seehunde.

Berliner Theater
7 Uhr: Blitzblaues Blut.

Casino-Theater
Vollreife Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11.
Hindenburgstr. bis 27. März:
Hamsterfrühe.
Dienstag zum ersten Male:
Annas Traum.
Süßspiel von Adol. W. Krönig.
Sonntag 4 Uhr: Bajazzo.

Admiralspalast.
Heute 7 1/2 Uhr
Abakadabra
Deutsche Tänze v. Schubert
Vorzügliche Küche.

Busch
Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2, u. 7 1/2, U
Das medizinische Rätsel.
Schlangentänze — Feuer-
spielende Menschen — Die
schöne Creolin — Karl
Reinisch — 2 Dabakis —
Rappos parod. Neudeiten
usw.
Zum Schluß:
Mondfahrt.

Voigt-Theater.
Sadstr. 58. Sadstr. 58.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Bon Stufe zu Stufe.

Trianon-Theater
7 1/2 u. 8 am Bhl. Friedrichstr. 7 1/2
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.

Der Lebensschüler
Komödie von Ludwig Fulda.
Ida Wüst, Erich Kaiser-Tita,
v. Mollendorff, Plink, Keitner.
Stg. 4 U. kl. Pr.: Johannisfeuer.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2, und Sonntag
nachmittag 3 Uhr
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Mein Weh-
nachtraum
Nachmittags
ermäßigte
Preise!

Walhalla-Theater.
3 1/2, 7 1/2, 11 Uhr: Gänzel und Gretel.
7 1/2, 11 Uhr: Das Musikantendorf.

Schwarzer Kater
Friedrichstr. 163.
Ecke Behrenstraße.
Claire Waldoff
Willi Prager
Milda Breiten
Mizzi Dressl
u. das hervorragende
März-Programm.

Kaffee
Luitpold
Kottstraße 15.

Kabarett.
Paul König
Elsa Hofer, Kurt Reising,
Hella Bella
und der Fürst der Bobomo

Danny Gürtler II

Zigaretten Ia.
Nur an Selbstverbraucher.
300 Stk. 6.3 . . . 18,60 M.
300 . 8.8 . . . 24,75 .
200 . 12,0 . . . 22,40 .
Betrodungs 0,25 .

Berlin-Kodexnummer 66.00 M.
Julius Leß,
Berlin W 40, Prager Straße 29.
Tel.: Walfg. 2735.
Kasche Hilfe bei qualvollen
Wunden nach 10 Minuten
Handjulen
bringt bei über
wunden „Olanbajam“,
der auch in handjulen
Nur am Samstag 10 Stk. 3,00
Das Neigel, Berlin 61, Ebnststraße 4